Nr. 200 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 2. September 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Genfer Geheimsitzung

Vor Eröffnung des Völkerbundsrats — Vertagung wichtiger Danziger Fragen — Ungünstige Stimmung infolge Rücktritt Jouvenels und Lord Cecils

Genf. Der Völkerbundsrat wird am Donnerstag um elf Uhr vormittags zunächst mit einer Geheimsitzung eröffnet werden, in der der chilenische Vertreter im Völkerbund, Villegard, den Vorsitz führen wird. Ob danach die übliche öffentliche Sitzung stattfinden wird, ist in Anbetracht von Briands Abwesenheit noch fraglich. In der Geheimsitzung wird die Tagesordnung und der Behandlungsmodus der gesamten Ratstagung festgelegt werden. Der Rat wird auch zu entscheiden haben, ob der Antrag des Danziger Senats auf Verlegung der polnischen Munitionsentladungen von Danzig nach Gdingen auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Die Befürchtung besteht wieder, daß der Danziger Antrag auf eine andere Tagung verschoben wird. In der Frage des Klagerechts der Danziger Eisenbahner dürfte das Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes eingeholt werden, so daß auch diese Danziger Frage wieder einmal eine Vertagung erlebt.

Die Ankunft der Staatsmänner

Genf. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist Mittwoch Abend nach kurzem Aufenthalt in Lausanne in Begleitung der Staatssekretäre von Schubert, Pünder und Weismann im Genfer Hotel „Metropol“ eingetroffen.

Die Außenministerunterredungen dürften, abgesehen von einer möglichen Besprechung Dr. Stresemanns und Chamberlains, erst nach Briands Ankunft am Sonnabend zustandekommen.

In der ersten Ratssitzung wird Frankreich von Paul Boncour vertreten sein.

Der Rücktritt Lord Robert Cecils und de Jouvenel beeinflußt nach wie vor die Stimmung der Völkerbundsdelegierten im ungünstigsten Sinne, so daß man damit rechnen muß, daß alle nur das eine Interesse haben, die Septembertagung, die außer Debatten zur Abrüstungsfrage und zu den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz nicht Ueberraschungen voraussehen läßt, sobald wie möglich zu erledigen.

Deutscher Wahlerfolg im Memelland

Memel. Nach den nunmehr aus 184 Stimmbezirken vorliegenden Ergebnissen erhielten:

Memelländische Volkspartei	16 812	Stimmen,
Memelländische Landwirtschaftspartei	16 578	„
Memelländische Sozialdemokraten	5 096	„
Kommunisten	3 569	„
Großlitauische Parteien	6 443	„
Litauische Landwirtschaftsliste, Splitterparteien	1 362	„
Litauische Sozialdemokraten	176	„

Es fehlen noch 24 Bezirke. Es handelt sich dabei meistens um abgelegene Wahlbezirke, die aber an dem Ergebnis kaum noch etwas ändern werden. Wahrscheinlich ist es, daß die Landwirtschaftspartei die Volkspartei noch einholen wird, da es sich bei den ausstehenden Bezirken um ausschließlich landwirtschaftliche handelt.

*

Memel. Die deutsch-memelländischen Zeitungen nehmen bereits heute, soweit das wegen der Zensur möglich ist, zu dem Wahlergebnis im Memelgebiet Stellung. Das „Memelländer Dampfboot“ stellt in einem von Zensurlücken vielfach unterbrochenen Artikel fest, daß es sich als richtig erwiesen habe, daß die Wahlparole auch heute noch die Kulturautonomie stützt. Ferner weist das Blatt darauf hin, daß die Wahlbeteiligung, die etwa 75 Prozent ausmacht, als sehr hoch zu betrachten ist, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung seit 1925 in jedem Jahre mehrere Wahlkämpfe durchzumachen hatte, und bemerkt weiter, daß die litauischen Listen gegen 1925 in der Stadt Memel nur 680 Stimmen gewannen gegen 1926 aber 637 Stimmen verloren hätten.

Die „Memelländische Rundschau“ schreibt u. a.: Mit dem Stimmzettel hat das memelländische Volk erneut seinen unwandelbaren Willen bekundet, nichts von seinen Rechten preiszugeben. „Unser Recht muß uns doch werden.“ Das ist der Ruf, der laut und vernehmlich aus dem Wahlergebnis spricht. Das memelländische Volk erwartet nun, daß dieser Ruf in der ganzen Welt und nicht zuletzt auch in Kowno den Widerhall und die Beachtung finden wird, den er verdient.

In 14 Tagen soll der neue Landtag gemäß dem Memelstatut zusammentreten. Ein Landesdirektorium auf parlamentarischer Grundlage gemäß dem Versprechen des Ministerpräsidenten Woldemaras, das ist die erste Schlußfolgerung, die das memelländische Volk aus dem Ergebnis der Wahlen zum zweiten memelländischen Landtag ziehen kann und muß.

Die Zagorski-Affäre

Warschau. Der Leiter der Untersuchung der Zagorski-Affäre, Oberst Piontokowski, hat sich nach Druskieniki begeben, um Marschall Pilsudski persönlich Bericht über den Stand der Angelegenheit zu geben. Morgen soll die Nichte des verschwundenen Generals dem Adjutanten Pilsudskis zwecks Aufklärung gewisser Einzelheiten bei der Entlassung Zagorskis gegenübergestellt werden. Im Zusammenhang mit der Zagorski-Affäre ist gestern das Lemberger Nationaldemokratische Blatt „Slowo Polskie“ verboten worden.

Beilegung des russisch-polnischen Konflikts

Riga. Nach einer Moskauer Meldung veröffentlicht das Außenkommissariat ein Kommuniquee über die russisch-polnischen Beziehungen, in dem eingangs darauf hingewiesen wird, daß der Moskauer polnische Gesandte Patek am 26. August in einer Unterredung Tschitscherins gegenüber versichert habe, daß die polnische Regierung in freundschaftlichsten Beziehungen zu Moskau zu leben wünsche. Die Sowjetregierung, heißt es dann weiter, habe Gelegenheit gehabt, sich von der Aufrichtigkeit der polnischen Versicherung zu überzeugen, so daß die Sowjetregierung es für möglich erachte, den russisch-polnischen Konflikt als beigelegt zu betrachten. Die Erklärung Pateks habe die Wiederaufnahme der russisch-polnischen Garantiepaktverhandlungen zur Folge gehabt. Obgleich das erwähnte Kommuniquee in freundschaftlichem Tone gehalten ist und die weitere Entwicklung der russisch-polnischen Beziehungen optimistisch darstellt, wird in unterrichteten Moskauer Kreisen damit gerechnet, daß sich bei den Verhandlungen bedeutende Schwierigkeiten ergeben werden.

Der Weltbevölkerungskongreß in Genf eröffnet

Genf. Dienstag vormittag ist hier der Weltbevölkerungskongreß eröffnet worden. An dem Kongreß nehmen über 300 Delegierte teil. Die Verhandlungen wurden durch den Präsidenten des Statistischen Amtes in London, Mallet, eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache wies der Präsident darauf hin, daß dieser Kongreß der erste sei, der sich mit dem großen Bevölkerungsproblem, insbesondere mit den Fragen der Ueber- und Unterbevölkerung in den einzelnen Ländern zu befassen habe. Der Kongreß habe ferner die Aufgabe, eine internationale wissenschaftliche Organisation zu schaffen, die den weiteren Weltbevölkerungskongreß vorbereiten soll. Im Anschluß hielt Professor Pearl einen Vortrag über Biologie und Bevölkerungszuwachs.

Probemobilmachung in Rußland

Berlin. Nach Morgenblättermeldungen aus Moskau wurde in Leningrad und auf der Krim eine Probemobilisierung der Jahrgänge 1896 bis 1903 angeordnet. In Aufrufen wird die Bevölkerung darüber beruhigt, daß es sich nicht um kriegerische Maßnahmen handelt, sondern lediglich um die Prüfung der Mobilmachungsorganisation.

Vor einem großen Spionageprozeß in Leningrad

Warschau. Wie aus Leningrad gemeldet wird, beginnt dort am 2. September ein neuer großer Spionageprozeß. Angeklagt sind 26 angebliche Spione, darunter ein englischer Hauptmann mit Namen Bojson, der der Führer der Spionageorganisation gewesen sein soll. Sämtlichen Angeklagten droht die Todesstrafe.

Polens innerpolitische Lage

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Ueber die außenpolitische Lage Polens, insoweit sie sich aus dem Verhältnis mit seinem unmittelbaren Nachbarn ergibt, haben wir vor einiger Zeit berichtet und sind zu dem Schluß gekommen, daß die polnische Außenpolitik schon im Hinblick auf die unsichere innerpolitische Lage ruhig und gefestigt sein muß. Wie stellt sich nun diese Lage dar? Der Maiumsturz 1926, der theoretisch und äußerlich lediglich gegen die Unreinheit und Korruption des von den Rechtsparteien beherrschten öffentlichen Lebens gerichtet sein sollte und der daher im Zeichen der Reinigung der „Sanierung“ seine moralische Rechtfertigung zu finden gedachte, hat in der Praxis und in seiner Auswirkung weit über dieses Ziel gegriffen und schließlich dazu geführt, daß nicht nur die korrupte Rechte, sondern auch die Linke und überhaupt jede Partei von jedem Einfluß auf die Staatsgeschäfte ausgeschaltet und das Parlament jeder verfassungsgemäßen Ueberwachungsmöglichkeit der Regierung gehoben wurde. Sofern die Regierung die Mitarbeit breiterer Kreise benötigte, gründete sie nach russischem System Beiräte. in denen sie übrigens die Rechtskreise, denen Pilsudskis Kampf ja besonders galt, zur positiven Mitarbeit heranzog. Politisch hatte man die Nationaldemokraten beispielsweise kaltgestellt. Aber bei dem Kapital, dessen Hilfe man brauchte, wurde nicht nach Partei und Zugehörigkeit gefragt. So wurde zum Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirats, einer Institution, deren Wirkungsgrad nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, der nationaldemokratische Sejmabgeordnete Wierzbicki berufen, der auf diesem Gebiet den Einfluß, den seine Partei in politischer Hinsicht verloren hat, wieder zurückerobert hat. So ist es dazu gekommen, daß die Regierung einen stets sozialeren Kurs einschlägt, die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter ständig bedroht und auch schon eingeschränkt hat und sich im übrigen in wirtschaftlichen Fragen von ihren rechtsstehenden und kapitalistischen Bundesgenossen sagen läßt, was zu tun und was zu lassen sei. In landwirtschaftlichen Fragen (Bodenreform) sind die Fürsten und Prinzen aus Nieswiez und die Großgrundbesitzer maßgebend, auf industriellem Gebiet die neugegründete Partei der „Prawica Narodowa“, die sich fast ausschließlich aus Fabrikbesitzern zusammensetzt. Zum Schein sollte auch die andere Seite zur Mitarbeit herangezogen werden. Ein aus Arbeitervertretern bestehender Beirat wurde ebenfalls ins Leben gerufen, aber es hat sich gezeigt, daß ihr Rat überhaupt nicht gehört, ihre Urteile völlig ignoriert wurden — und so traten denn die sozialistischen Mitglieder aus dieser fiktiven Institution aus, um damit gegen die Willkür der Regierung in Wirtschaftsdingen zu demonstrieren.

Damit ist das Verhältnis, oder richtiger das Mißverhältnis zwischen Regierung und Volk in wirtschaftlichen Dingen gekennzeichnet: die Interessen der Bevölkerung werden von der Regierung zugunsten der Interessen einzelner kapitalistischer Gruppen beeinträchtigt — und auch in politischer Beziehung ist es nicht anders. Auch hier wird in einer Weise regiert, die nicht nur gegen die Wünsche und Interessen der breiten Oeffentlichkeit verstößt, sondern zum Teil auch eine Herausforderung ihr gegenüber bedeutet. Ein ausländischer Journalist hat Polen unlängst den „Staat der Legionäre“ genannt und meinte damit die Durchsetzung der Verwaltungs- und der anderen Behörden mit Persönlichkeiten, deren größte und vielfach wohl auch einzige Befähigung hierzu darin besteht, daß sie ehemalige Legionäre sind. Diese Legionäre, ihrer militärischen Vergangenheit gemäß, gehorchen allesamt nur ihrem obersten Befehlshaber, dem einen Legionär, der, ebenfalls aus militärischer Gewohnheit, nur noch zu befehlen versteht. So haben wir es hier mit einer Zentralisierung der ausführenden Gewalt zu tun, die nach Ausschaltung des Parlaments nun auch sämtliche Gebiete des öffentlichen Lebens zu regeln vermag und auch regelt.

Wenn daneben das Parlament formell weiter am Leben gelassen, richtiger: zum Leben gezwungen wird, so ändert das nichts an der Tatsache. Immerhin ist der letzte Schritt, der die endgültige Entscheidung, die Lösung der gegenwärtigen verworrenen politischen Situation bringen würde, bisher immer noch nicht getan. Das Parlament, das diesen Schritt schon längst gehen wollte, wird daran fortwährend von der Regierung gehindert, und die Regierung ihrerseits zaudert immerfort vor einer offenen, eindeutigen Klärung der Lage, sie sucht die Entscheidung immer wieder auf diese oder andere Weise hinauszuschieben, ohne ihr doch einmal entgehen zu können.

So kann die heutige innerpolitische Lage nicht anders als ein Provisorium, ein Uebergangsstadium bezeichnet werden und der Abstand zwischen den breiten Volksmassen und den ausführenden Organen wird immer größer und breiter und abgrundtiefer. Einmal wird der Faden, der diese beiden Faktoren heute noch bindet, mitten hindurch reißen — und dann wird der Entscheidungskampf, ähnlich wie im Mai vorigen Jahres, ausbrechen. Er wird, diesmal wohl weniger blutig auslaufen und sich nicht mehr in Form von Zusammenstößen feindlicher Lager auf offener Straße abspielen, sondern vielmehr auf parlamentarischem Boden vor sich gehen. Allerdings ist es noch durchaus unbestimmt, ob die im Interesse des Staates erwünschte Klärung der politischen Verhältnisse schon nach den scheinbar vor der Tür stehenden Neuwahlen stattfinden wird. Ist doch selbst dann, wenn das Wahlergebnis den oppositionellen Parteien eine gewaltige parlamentarische Mehrheit bringen wird, nicht sicher, daß die gegenwärtig

an der Macht befindlichen Faktoren dieser Tatsache Rechnung tragen und freiwillig das Feld räumen werden. Regieren sie doch auch heute in einer Weise, die mit aller Deutlichkeit gegen den Willen der größten Bevölkerungsmassen, ob sie sich untereinander auch in rechts und links trennen. verstößt. So ist es auch erklärlich, daß die bestehende Regierungsform den allgemeinen Vorstellungen von Parlamentarismus und Demokratie nicht entsprechen kann, will die Regierung weiterhin ihre Macht in der bisherigen Weise ausüben. Sie weiß nur zu gut, daß sie in dem Augenblick, da sie dem Volke oder dessen Vertretung, dem Parlament, seine verfassungsgemäßen selbstbestimmenden Rechte zurückgibt, sich diese sofort und notwendigerweise gegen die Regierung selbst kehren müssen, sofern die an der Macht befindlichen Kreise auch ihrerseits nicht eine Wendung ihrer Politik herbeiführen werden. Werden sie, die Legionäre, der Eine Legionär dies tun? Es ist selbstverständlich schwer, in die Zukunft zu sehen. Aber die Erfahrungen der letzten 16 Monate (Mai 1926 bis September 1927) spitzen sich immer mehr in einer Weise zu, die diesen frommen Wunsch leider als unreal hinstellen.

Immerhin wird sich der Legionär genau überlegen müssen, ob er nicht noch im letzten Augenblick seine bisherige Regierungsweise einer gründlichen Nachprüfung wird unterziehen müssen. Wir stehen zwar auf dem Standpunkt, daß der Entscheidungskampf um die weitere Entwicklung der Machtverhältnisse sich nur auf parlamentarischem und verfassungsmäßigem Boden vollziehen kann und darf. Aber wir haben ja Beispiele dafür, daß diese Ansicht nicht allgemein ist, und wir können uns sehr wohl vorstellen, daß das Dmowskische „Lager des Großen Polen", eine faschistisch organisierte Kampfgruppe par excellence, hierüber ebenfalls anders denkt. Ist nicht anzunehmen, daß Dmowski die fortschreitende Zerklüftung der politischen Verhältnisse dazu benutzen wird, um seine eigenen Vorteile wahrzunehmen? Wenn wir auch keinen Grund haben, der gegenwärtigen Regierung besondere Sympathien entgegenzubringen, so wollen wir doch nicht verkennen, daß eine Aenderung der Machtverhältnisse in der eben angedeuteten Weise das Allerschlimmste sein wird, was uns überhaupt passieren kann. So wollen wir hoffen — wie hätten wir es begrüßt, hierfür nicht nur Befürchtungen in negativer, sondern auch Anlässe in passiver Hinsicht zu besitzen, — daß die Strecke, die bisher durchschwommen wurde, doch nicht so groß sei, als daß eine Umkehr an das Ufer nicht mehr möglich wäre.

Ein Probierstein dafür und auch für die weiteren Absichten der Regierung wird die in wenigen Tagen einzuberufende parlamentarische Session sein. Es ist bekannt, daß auf dieser Session in erster Linie diejenigen Fragen zur Behandlung stehen, die die Regierung veranlaßt haben, die vorige Session plötzlich zu schließen. Wird sie diesmal, so fragt man sich allgemein in Warschauer politischen Kreisen, die von den Abgeordneten verlangte Verleihung des Selbstauflösungsrechts an beide Häuser annehmen lassen, wird sie das Parlament nicht hindern, das Pressegesetz, dessen rigorose Anwendung anläßlich der Zagorskiaffäre seine wahre Bedeutung in voller Größe erkennen ließ, abzulehnen, wird sie diesmal zulassen, daß der Sejm die während der interparlamentarischen Zeit erlassenen Regierungsdekrete kontrollieren und gegebenenfalls für ungültig erklären wird?

Es wird sich jetzt zeigen, welchen Weg die Regierung zu gehen gewillt ist: den bisher eingeschlagenen Weg, der fort von der Demokratie zu schwerwiegenden innerpolitischen Verwicklungen führen muß, oder den anderen Weg der Rückkehr zur Verfassung und zur nicht nur formellen sondern tatsächlichen parlamentarischen Regierungsform.

Th. L.

Chamberlain erhält das Goldene Buch Frankreichs

Paris. Im Pariser Stadthaus wurde heute nachmittag dem englischen Außenminister Chamberlain in Briands Anwesenheit das Goldene Buch Frankreichs überreicht. Chamberlain dankte für die Gabe mit einr kurzen Rede, an die er auch ein Wort Kitcheners anknüpfte, um Frankreich von neuem seine Sympathien zu versichern. Chamberlain sagte u. a., er liebe Frankreich nicht nur wegen seiner guten Eigenschaften, sondern auch wegen seiner Fehler. Er liebe Frankreich wie man eine schöne Frau liebt. Zum Schluß seiner Rede erklärte er, daß er Briands gestriger Rede völlig zustimme und ebenfalls die Politik des Ausgleichs und der Verständigung befürworte.

Schwere Unwetterkatastrophe in Ost-Galizien

Lemberg. In der letzten Nacht ist es in ganz Ostgalizien infolge anhaltender Regengüsse zu großen Unwetterkatastrophen gekommen. Der Stryj, eine Nebenfluß des Dnjestr, steht weit über seinem normalen Wasserstand, so daß viele Dörfer völlig unter Wasser stehen. Infolge Deichbrüchen ist auch die Stadt Stryj teilweise überschwemmt, ganze Stadtteile mußten von der Bevölkerung geräumt werden. Zahlreiche Häusereinstürze haben Tote und Verwundete gefordert. Auch das Hochwasser anderer Flüsse hat große Verheerungen angerichtet. Der Eisenbahnverkehr zwischen Lemberg und dem Naphtha-Gebiet von Boryslaw ist unterbrochen. Den bereits angerichteten Schaden schätzt man auf mehrere Millionen Zloty. Da sich die meisten ostgalizischen Truppenteile im Manöver befinden, ist die Rettungsaktion sehr erschwert.

Die Lemberger Polizeidirektion teilt mit, daß infolge des Wolkenbruchs der Verkehr auf einer Reihe von Eisenbahnlinien eingestellt werden muß. Aus Warschau wird berichtet, daß durch Eingreifen des Militärs und der Feuerwehr die Einsturzgefahren behoben sind und daß seit gestern abends der Wasserstand im Ueberschwemmungsgebiet fällt. Die Industriebezirke von Boryslaw und Drohobicz sind von den Eisenbahnlinien völlig getrennt worden. Am schwersten sind die Kartoffelplantagen betroffen, die vollkommen vernichtet sind. Da auch in den einzelnen Ortschaften ganze Häuserreihen zum Einsturz gebracht wurden, wird der Schaden auf mehrere Millionen Zloty geschätzt.

Italienisch-englisch-ungarische Königsmacherei?

Berlin. In einem Artikel der „New York America", den die „Vossische Zeitung" auszugsweise wiedergibt, wird behauptet, der Herzog von Aosta, der Vetter des Königs von Italien, sei der ungarische Thronkandidat „jener höchst einflußreichen royalistischen Kreise in Europa, welche gegen die Rückkehr der Habsburger nach Ungarn sind". Der Herzog habe als König von Ungarn die stärkste Militärgewalt Zentraleuropas und das faschistische Italien hinter sich. Um die Wiedereinsetzung der Habsburger in Ungarn zu verhindern, habe Mussolini den ungarischen Monarchisten seine Hilfe angeboten, „um ein starkes nationales Königtum, unter Führung eines italienischen Prinzen, zu errichten".

Der Herzog von Aosta sei nicht nur ein eifriger Anhänger des Faschismus, sondern habe auch ausgezeichnete Verbindungen mit der englischen Aristokratie. Einem Bündnis zwischen Ungarn und Italien ständen die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien vollkommen machtlos gegenüber. Schließlich wird in dem Artikel versichert, daß, um die ungarischen Ziele zu verwirklichen, Verhandlungen über ein Kompromiß schweben, das Mussolini ermöglichen soll, seine Zustimmung zu einem Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu geben. Gelinge der Plan, so werde Frankreich isoliert und Italien „zum militärischen und politischen Führer auf dem europäischen Kontinent, welcher mit Großbritannien im Westen und Ungarn im Osten kooperieren (zusammearbeiten) würde." — (Man muß mit diesen Behauptungen den Feldzug des englischen Zeitungskönigs Lord Rothermere gegen die Tschechoslowakei und für die ungarischen Faschisten, zugleich die Expansionstendenzen des faschistischen Italiens und deren direkte und indirekte Unterstützung durch England zusammenbringen, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß mindestens in der Hauptzielrichtung die Meldung Anspruch auf Glaubwürdigkeit hat. D. Red.)

Aenderungen im englischen Kabinett?

London. Lord Cecils Rücktritt wurde gestern in politischen Kreisen verhältnismäßig wenig besprochen. Man interessiert sich lediglich für die Frage, ob der Premierminister die Gelegenheit wahrnehmen werde, eine Reihe von Aenderungen innerhalb seines Kabinettes über den notwendig gewordenen Personenwechsel hinaus vorzunehmen. Man glaubt jedoch, daß diese Frage erst nach der Rückkehr Baldwins aus Aix les Bains Ende September ihre Lösung finden wird.

Die Handelskammer in Kanton von Militär belagert

London. Eine Gruppe von 100 chinesischen Soldaten und Polizisten hat einer Meldung aus Schanghai zufolge unter Führung von drei offiziellen Persönlichkeiten die Handelskammer in Kanton umstellt und die Zahlung von 10 Millionen Dollar verlangt. Die Forderung soll auf Instruktion der Nankinger Regierung zurückzuführen sein und die geforderte Summe soll zur Zahlung der militärischen Ausgaben bestimmt sein.

Primo de Riveras „Parlament"

Madrid. Der Regierung nahestehende Blätter veröffentlichen Einzelheiten über die Nationalversammlung, deren Einberufungsdekret nach der noch ausstehenden Unterzeichnung durch den König am 13. September, dem Jahrestag der Diktatur, erscheinen wird.

Die Nationalversammlung soll am 10. Oktober ihre Arbeiten aufnehmen und wird eine rein beratende und informatorische Körperschaft sein; die Regierung behält unbeschränkt alle gesetzgeberischen Funktionen bei. Es steht der Regierung frei, der Nationalversammlung Gesetzentwürfe vorzulegen, oder nicht. Die Nationalversammlung kann von sich aus der Regierung Vorschläge unterbreiten.

Die etwa 250 Abgeordneten werden in 20 Kommissionen eingeteilt, deren erste einen neuen Verfassungsentwurf ausarbeiten soll; die zweite bearbeitet die soziale Gesetzgebung, die dritte das Staatsbudget für 1929. In den Plenarsitzungen haben nur die Mitglieder der Kommissionen, deren Angelegenheiten verhandelt werden, Redeerlaubnis. Für ihre Teilnahme an den Plenarsitzungen erhalten die Abgeordneten 50 Peseten, für Kommissionssitzungen 25 Peseten. An die Minister dürfen nur schriftliche Anfragen gerichtet werden; es steht ihnen frei, zu antworten, ob und wann sie wollen.

Abgesehen von 50 halbfrei gewählten Stadträten, einer von jeder Provinzhauptstadt, werden sämtliche Abgeordnete von der Regierung ernannt. Ins „Parlament" kommen die Vorstände der Union Patriotica, Beamte der Polizeiverwaltungen, Ministerialdirektoren, ferner etwa 100 Vertreter aus Handel, Industrie, Bergbau, der Universitäten, des Heeres, des Klerus usw., darunter Exsenatoren und Exdeputierte des früheren Parlaments. Die Arbeiterschaft wird nur durch jetzt schon in offiziellen Körperschaften tätige Personen vertreten sein.

Ein italienisches Munitionslager in die Luft geflogen

Berlin. Nach einer Meldung der Abendblätter aus Mailand ist das große Munitionslager von Pontenure bei Piacenza in die Luft geflogen. Ein Unteroffizier wurde schwer, vier Soldaten und zwei Arbeiter leicht verletzt. Die Bevölkerung flüchtete. Der Eisenbahnverkehr nach Parma mußte längere Zeit eingestellt werden. Zahlreiche Baracken wurden eingeäschert.

Zunahme der englischen Arbeitslosigkeit

London. Wie das englische Arbeitsministerium bekannt gibt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien in der am 26. August ablaufenden Woche 1 044 400, was gegenüber der Vorwoche eine Vermehrung um 22 250 bedeutet.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

35)

Der Wetter Long erhob sich überlegend.

„Zum Teufel, hat er das getan?" bemerkte er langsam.

Der Anwalt zuckte die Achseln. Sein Benehmen zeigte sowohl seine Gleichgültigkeit über des toten Monkfords Ueberspanntheit als auch über alle ihre Folgen.

„Das Testament befindet sich in meinem Besitz", sagte er. „Es ist auf Monkfords Verlangen hin aufgesetzt und von mir und Crayley als Zeugen unterschrieben worden."

„Wer sind die Testamentsvollstrecker?" fragte der Detektiv nach einem Augenblick der Ueberlegung.

„Miß Sanders selbst ist alleinige Vollstreckerin. Ich habe ihm selbstverständlich abgeraten, ein derartiges Testament zu machen, und schlug vor, seinen eigenen Anwalt herbeizurufen. Ich war sehr dagegen, daß Miß Sanders alleinige Vollstreckerin sein sollte. — Ich wollte, daß amtliche Testamentsvollstrecker das Vermögen verwalten sollten. Aber er ließ sich nicht davon abbringen. Er sagte mir, daß er nach dem Essen mit Ihnen sprechen und Sie aufklären wollte. Ich neige zur Meinung, daß er eine gewisse Furcht vor einem baldigen Tode hegte und daher wünschte, daß das Testament sofort aufgesetzt werde. Ich habe ihm ernstlich abgeraten ..."

„Sie haben mir das schon gesagt." Die Stimme des Wetters war kalt, sein ganzes Benehmen zweifelnd. Glücklicherweise war Mr. Henry für eine feindliche Atmosphäre nicht empfindlich.

Der Wetter Long hatte noch nie in seinem Leben so schnell und so sicher überlegt. Er überdachte rasch die ganze Angelegenheit, vom Augenblick an, wo er Clay Shelton festgenommen hatte, bis zu dem gegenwärtigen Augenblick, wo er dastand und die Schatten der Bäume beobachtete, die sich als tanzende Muster in Blau und Purpur auf dem Rasen abzeichneten.

„Ich muß schnell arbeiten", fuhr er langsam fort. „Schneller als schnell, —, und ich werde es tun, darauf möchte ich wetten!"

Das Gesicht des Anwalts nahm einen fragenden Ausdruck an. „Ich kann mir nicht erklären, wie Sie das betreffen kann, Mr. Long."

„Es betrifft mich aber sehr", äußerte der Wetter. „Was ist heute — Donnerstag?"

Er hatte eine kindliche Art und Weise, an seinen Fingern abzuzählen.

„Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag." Bei Sonntag hielt er ein. „Vier Tage sind eine ganze Menge — sechsundneunzig Stunden? Die Frage ist jetzt die:" sagte er nachdenklich, „Kann ich sechsundneunzig Stunden wachbleiben? Wenn ich das tun kann, werden eine Menge Leute an den Kreidestrich herantreten und sich in eine bessere und, ich hoffe, glücklichere Welt begeben. Wie alt sind Sie, Mister?

„Ich?" fragte der Anwalt überrascht. „Ich bin dreiundzwanzig oder vierundzwanzig, ich bin nicht ganz sicher. Warum fragen Sie?"

„Sie sehen jünger aus, weiter nichts. Ich bin selbstverständlich höflich." Dann fragte er kurz: „Wo kann ich Crayley finden?"

„In seinem Klub", meinte Mr. Henry.

„Der Kunst- und Wissenschaftsklub, nicht wahr? Sehr unpassend, denn Jackson ist weder künstlerisch noch wissenschaftlich veranlagt. Wenn er kein Verräter ist, sah ich noch niemals einen."

„Ein Verräter?" Henry strich seinen kleinen schwarzen Schnurrbart. „Ich habe mir Jackson Crayley nie als Verräter vorgestellt."

„Ich wette, er ist einer!" Mr. Long bewegte den Kopf, um seinen Worten Nachdruck zu verleihen. „Ich wette einen Tausender, daß er quakt, bevor die heißen Eisen ihn berühren."

Henry lachte.

„Wollen Sie ihn foltern?" fragte er trocken. „Und wenn Sie es tun, was erwarten Sie aus ihm herauszubekommen? Daß das Testament ein Betrug und Mr. Monkfords Name eine Fälschung ist? Wirklich, Long, ich glaubte, solche Detektive gäbe es nur in Dramen."

Der Wetter Long grinste, als er seinen Hut aufnahm und zur Türe schritt.

„Drama — Sie haben das Kind beim richtigen Namen genannt. Das ist es, was wir erleben werden. Ein Drama — in dessen letztem Akt alle Schurken verhaftet werden und die Tugend siegt. Haben Sie jemals von Elmsford gehört, dem Mann in Hereford, der seine Frau vergiftete? Er war ein Rechtsanwalt und wurde gehängt."

„Nun, und was hat das damit zu tun?" fragte Henry belustigt.

„Es ist ein verflucht guter Präzedenzfall", schloß der Wetter das Gespräch.

21.

Ein in einen feinen Mechanismus geworfener großer Stein würde dessen ruhigen Gang nicht mehr stören, als eine aufsehenerregende Tat den glatten Verlauf der gesellschaftlichen Ereignisse hindert. Miß Revelstoke beklagte sich bitterlich, daß die Saison für sie verdorben sei. Gewöhnlich verbrachte sie einen Monat in Heartsease, indem sie noch drei Wochen nach der großen Golfwoche dort blieb und dann von Berkshire direkt nach Schottland weiterfuhr. Hier weilte sie einen weiteren Monat, bevor sie nach Aix reiste.

„Nun muß ich drei Wochen in London verbringen," sagte sie, „wenn alle anderen Leute verreist sind."

Nora schlug einen Aufenthalt in einem französischen Seebade vor.

Das Gefühl des Entsetzens, das Mr. Monkfords Tod verursacht hatte, wich nicht von ihr. Sie konnte den Eindruck der Schreckenstat und die Ueberzeugung, daß die Bande des Schreckens eine Tatsache war, nicht abschütteln. Obgleich sie seit jener denkwürdigen Fahrt nach Bournemouth nicht wieder mit Arnold Long über diese geheimnisvolle Vereinigung gesprochen hatte, war sie doch davon überzeugt, daß Mr. Monkfords Tod durch diese verursacht worden war. Sie hatte vergeblich versucht, die Ansicht ihrer Herrin zu erfahren.

„Altes Weibermärchen!" sagte Miß Revelstoke. „Das ist die Bande des Schreckens! Ich kann nicht verstehen, was mit Scotland Yard geschehen ist, daß sie solchem albernem Unsinn Glauben schenken. Glücklicherweise wird Herr Inspektor Long nach dieser Woche nicht mehr in der Lage sein, diese romantische Geschichte weiter zu erzählen."

Das Mädchen hörte beunruhigt zu.

„Sicherlich wird man nicht ihn für Mr. Monkfords Tod tadeln."

„Warum denn nicht?" fragte Miß Revelstoke. „Hatte man ihn denn nicht nach Heartsease gesandt, um den unglücklichen Mann zu beschützen? Und wie ist er beschützt worden!"

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Eine „arbeiterfreundliche“ Firma

die sich zwar als solche ausgibt, deren Verhalten aber ihren Arbeitern gegenüber das Gegenteil beweist, ist „Baron und Flieger“ in Katowice. Gestern stand sie vor dem Gewerbegericht, auf Grund der Klage eines Arbeiters hin, welcher die Arbeiterfreundlichkeit speziell des Herrn Flieger besonders zu spüren bekam. Der Sachverhalt war folgender: Die Firma beschäftigte in ihrem Betriebe 5 Transportarbeiter, welche nach eigenem Gutdünken miserabel entlohnt wurden. Als seitens des Transportsarbeiterverbandes mit der Wirtschaftlichen Vereinigung ein neuer Lohntarif abgeschlossen wurde, der höhere Löhne vorsah, wandte sich der Vertreter des deutschen Transportarbeiterverbandes, Gewerkschaftssekretär Sowa, an die obige Firma, um diese zu veranlassen, auch ihren Arbeitern den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Herr Flieger gab nun nach vielen Ausflüchten und Entlassungsdrohungen endlich zu, den vorgelegten Tarif mit rückwirkender Kraft zahlen zu wollen. Dieses Versprechen wurde von der Firma nicht in vollem Umfange aufrechterhalten, denn sie blieb einem Arbeiter die Nachzahlung von 5 Wochen schuldig. Dieser klagte nun die Firma auf Nachzahlung der rückständigen 15 Zloty vor dem Kattowitzer Gewerbegericht. Herr Flieger, welcher selbst zur Verhandlung erschien, operierte lediglich damit, daß er als waschechter Pole es mit seinem Nationalgefühl nicht vereinbaren könne, einen zwischen dem deutschen Transportarbeiterverband und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgeschlossenen Tarif, der er nicht angehöre, anzuerkennen. Schließlich will er auch kein bindendes Versprechen auf rückwirkende Zahlung gegeben haben. Der Vertreter des Klagestellers, der lediglich nur sachliche Argumente vorbringen konnte, wollte schließlich seine Aussagen unter Eid stellen. Als Herr Flieger nun einsah, daß der Spruch zu seinen Ungunsten fallen müsse, erklärte er sich endlich bereit, die eingeklagte Summe nebst Kosten ohne Urteilsfällung sofort auszuzahlen. Herr Flieger tobte draußen ob dieses Reinfalles noch eine geraume Weile, war er doch vor dem Termine siegesbewußt, wie selten Einer. Daß er die Segel selbst streichen mußte, war für diesen nervös veranlagten Herrn ein doppelter Reinfall, der ihm von Herzen gegönnt werden muß, damit er endlich lernt, seine Arbeiter nicht nur menschlich zu behandeln, sondern auch zu bezahlen.

Welche Kinder können noch vom 1. bis 3. September 1927 der Minderheitsvolksschule zugeführt werden?

A.

Vor einem Jahre wurden mehrere tausend Kinder in die Minderheitsschule nicht aufgenommen, weil die Wojewodschaft ihre Anträge für ungültig erklärt hatte. Die meisten dieser Kinder besuchten bis jetzt die polnische Schule. Alle diese Kinder können sofort in die Minderheitsschule aufgenommen werden, wenn sie der Erziehungsberechtigte am 1. oder am 2. oder spätestens am 3. September in die Minderheitsschule führt und persönlich vom Schulleiter ihre Aufnahme verlangt. Diese Kinder werden später einer Sprachprüfung unterzogen werden.

B.

Im Mai 1927 hatte die Wojewodschaft für neue Anmeldungen zur Minderheitsschule eine bestimmte Zeit festgesetzt. Wenn diese Anmeldung damals versäumt worden ist, oder wenn der Erziehungsberechtigte die Anmeldung im Mai nicht persönlich vorgenommen hat, muß ebenfalls vom 1. bis 3. September d. Js. die Anmeldung nachgeholt werden. In diesem Falle muß der Erziehungsberechtigte (Vater, Witwe, oder Vormund) mit dem Kinde zur Anmeldung beim Schulleiter erscheinen und diesem einen Zettel abgeben, auf dem der Grund der Versäumnis steht, z. B.: „Ich konnte die Anmeldung für die Minderheitsschule im Mai 1927 nicht vornehmen, da ich krank im Lazarett lag.

Bogucice, den 1. September 1927.

Johann Gabrisch.

Bei allen Erschwerungen und Zurückweisungen ist sofort Meldung bei den Geschäftsstellen des Volksbundes zu erstatten.

Hindenburgspende

Der deutsche Generalkonsul Frhr. v. Grünau bittet den deutschen Reichsangehörigen der Wojewodschaft Schlesien die nachstehende Mitteilung zugehen zu lassen:

Am 2. Oktober d. J. begeht der deutsche Herr Reichspräsident v. Hindenburg seinen 80. Geburtstag. Dem Wunsche des Jubilars entsprechend, hat die deutsche Reichsregierung beschlossen, von größeren offiziellen Veranstaltungen aus Anlaß dieses Tages abzusehen; es soll vielmehr dem Wunsche der deutschen Bevölkerung, ihrer Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten Ausdruck zu geben, in der Weise Rechnung getragen werden, daß zu einer öffentlichen Sammlung aufgerufen wird, deren Ergebnis dem Herrn Reichspräsidenten als „Hindenburgspende“ überreicht werden soll. Der Ertrag der Sammlung soll ausschließlich für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Verwendung finden. — Um der reichsdeutschen Bevölkerung und den sonstigen Verehrern des Herrn Reichspräsidenten in der Wojewodschaft Gelegenheit zu geben, sich an der Sammlung beteiligen zu können, ist im Gebäude des Deutschen Generalkonsulats in Kattowitz eine Geschäftsstelle der Hindenburgspende eingerichtet worden, die etwaige Spenden gegen Empfangsbestätigung entgegennehmen wird. Die Beträge werden an die Reichsgeschäftsstelle der Hindenburgspende in Berlin weitergeleitet.

Aus der Sitzung der Tarifgemeinschaft

Die Lohnfrage und der Acht-Stundentag. — Die Privatunternehmer. Kartoffelbelieferung. — Schlichtungsausschüsse und Arbeitsgerichte.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Wie nicht anders zu erwarten war, mußte die Tarifgemeinschaft eine Unmenge von Resolutionen des letzten Betriebsrätekongresses, die zum großen Teil unvollständig waren, noch einmal sichten, um sie mit der Hauptresolution des Kongresses in Einklang zu bringen. In erster Linie galt das für die Wünsche über die Erhöhung der Löhne. Betreffend der Erhöhung der Löhne in den Eisen- und Metallhütten wird in der Tarifgemeinschaft dieser beiden Industriegebiete besonders Stellung genommen. Damit soll gleichzeitig im Bergbau die Forderung für Erhöhung der Jugendlichen und Schichter-Kategorien im Lohne verbunden werden. Ein Lohnausgleich für den Rybniker Steinkohlenbezirk wird ebenfalls dem Arbeitgeber vorgelegt, da es ein unhaltbarer Zustand ist, wenn man im Rybniker Gebiet für verschiedene Lebens- und Bedarfsartikel eine 10—15 prozentige Erhöhung der Preise zugesteht, während der Lohn im gleichen Verhältnis nach unten gekürzt wird.

In der Frage des Achtstundentages ist für die Metallhütten der Antrag an das Ministerium bereits abgesandt, wonach alle Arbeiter zum Achtstundentag übergeleitet werden sollen. Auch für die Eisenhütten ist die Forderung auf Zurückführung nach dem Ministerium abgegangen. Hier ist bereits eine Antwort eingegangen, nach welcher bei den Metallhütten die Ueberleitung demnächst durch eine Kommission festgelegt werden soll, während bei den Eisenhütten durch die Prüfung einer speziellen Kommission die Arbeitszeit in gleichen Abschnitten wie in Deutschland übergeleitet wird.

Im Bergbau wird diese Frage von seiten der Arbeitgeber vor das Plenum des Hauptausschusses seiner nächsten Sitzung gewünscht. Die Gewerkschaften haben bereits ihre Forderung formuliert und werden die Ueberleitung der Uebertagearbeiter auf 8 Stunden der Untertagearbeiter auf 7½ Stunden verlangen. Ein sehr wichtiger Antrag betrifft auch die Abschaffung des Unternehmertums. Bekanntlich wird auf den Gruben und Hütten neben den ständigen Arbeitern noch ein Teil Unternehmerleute beschäftigt. Schon in früheren Jahren ist gegen die Ausbreitung der Unternehmerleute angekämpft worden, wenn auch in manchen Fällen zugegeben werden muß, daß eine bestimmte Anzahl vorübergehend beschäftigter Arbeiter in vereinzelten Betrieben sich als notwendig erweist. In den letzten Jahren haben nun einzelne Werke mit dem Unternehmertum feste Verträge abgeschlossen. Unternehmerleute werden massenweise in Fabriken und Gruben in allen Berufszweigen beschäftigt, gleichviel ob als Schlosser, Dreher, Schachtarbeiter, Maschinisten oder Fördermann usw. Sie füllen alle notwendigen Arbeitsposten aus. Diese Erscheinung bedeutet eine große Gefahr, da der Arbeiter des Unternehmers vollständig frei von jeden Versicherungen ist, so daß besonders der Arbeitslose durch diese Taktik mehr ausgebeutet wird als durch die Einstellung in festen Betrieben. Kohle, Urlaub, soziale Zulagen werden ihm nicht bewilligt und so erklärt sich diese Methode. Der Zustand ist unhaltbar, dann sind wiederholt Betriebsunfälle vorgekommen bei solchen Leuten, wobei die betreffenden Personen, weil sie gegen Unfall nicht versichert waren, dem Staate zur Last fielen. Hier wurde beschlossen, diese Angelegenheit im Bergbau dem Bergrevieramt zu übermitteln, für die Eisen- und Metallhütten dem Vertreter der Abteilung in der Wojewodschaft Herrn Rudkowski. Die Betriebsräte haben die Pflicht, alle diese Unternehmerleute, die als konstante Arbeiter anzusehen sind, zu registrieren und durch die Gewerbeinspektion bezw. durch das Bergrevieramt für die sofortige Ueberleitung in konstanten Betrieb einzutreten, andernfalls ist das Material an die zuständige Gewerkschaft zu richten.

In der Frage der Kartoffelzentrale sowie des Kartoffelvorschusses hat die Tarifgemeinschaft seit Monaten den Standpunkt des Betriebsrätekongresses bereits eingenommen, allerdings ist bisher noch nicht bekannt, wie weit die Regelung steht.

Die Tarifgemeinschaft wandte sich mit einem erneuten Schreiben an den Arbeitgeberverband sowie an die behördlichen Instanzen und verlangte eine Reorganisation der Kartoffelbelieferung. Bei dieser Reorganisation sind dann die Gewerkschaften gewillt, praktisch mitzuarbeiten.

Was die Belieferung der Witwen, Invaliden und Waisen mit Kohle anbelangt, gab die Tarifgemeinschaft schon immer ihr Einverständnis und wiederholte Male ist bereits mit Erfolg an ihrer Lösung gearbeitet worden. Auch soll die Frage wiederum einmal beim Arbeitgeber, bei der Wojewodschaft und den anderen Instanzen angeschnitten werden. Allerdings muß man mit einem gewissen Befremden feststellen, daß diese Invaliden, Witwen und Waisen sich von Leuten beraten lassen wie Krasewski und Benisch, die mit der Arbeiterschaft nichts zu tun haben.

Zu den neuerlichen Forderungen wird durch die parlamentarischen Mitglieder durch den Warschauer Sejm darauf hingewirkt werden müssen, daß die soziale Zulage nicht in die Versteuerung hineingezogen wird.

Ausführlich wurde auch zu den Schlichtungsausschüssen Stellung genommen. Durch die neue Verordnung kann der Schlichtungsausschuß nur Schiedssprüche vom Datum der Tagung oder vom Datum des nächsten 1. gar 15. fällen, da das Ministerium andere Schiedssprüche nicht für verbindlich erklärt. Eine Misere ist nun, daß Anträge zur Schlichtung von Streitigkeiten wochenlang liegen bleiben, bis eine Entscheidung vor dem Schlichtungsausschuß gefällt ist und das bedeutet geradezu ein Verbrechen am oberschlesischen Arbeiter, da er dadurch vieler Rechte beraubt wird. Hierzu kommt, daß das Ministerium zur Verbindlichkeitserklärung auch einige Wochen braucht, wie es der Fall bei dem Schiedsspruch der Metallhütten war, was die Lage nur verschärft. Hier wird durch ein energisches Schreiben an das Ministerium wie an den Demobilmachungskommissar Abhilfe verlangt.

Gleich anschließend daran wurde die Frage der Arbeitsgerichte angeschnitten und es ist beschlossen worden, das Projekt der Regierung abzuwarten, um daraufhin Stellung zu nehmen, um einen Ausbau der Arbeitsgerichte nach unserem Sinne möglich zu machen.

Zu der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ist leider trotz der immerwährenden Bemühung der Tarifgemeinschaft sowie der parlamentarischen Abgeordneten des Schlesischen Sejms noch keine Regelung getroffen worden. Der Antrag der sozialistischen Richtungen des Schlesischen Sejms ist bereits vor 2 Jahren nach Warschau gegangen. Ein Bescheid darauf aber noch nicht eingegangen. Auch die Bemühungen der einzelnen Gewerkschaftsvertreter sind zum großen Teil fehlgeschlagen.

Versichert wurde jedoch, daß man der Frage der Arbeitslosigkeit im stärkeren Maße wie bisher an den Leib rücken will, indem die Wojewodschaft einige Millionen für Investierungsarbeiten erhalten hat, die ausschließlich von Arbeitslosen ausgeführt werden sollen. Die einzelnen Selbstverwaltungskörper, Landgemeinden, Kommunen und Städte sollen bestimmte Kredite erhalten und eine Art produktive Arbeitslosenfürsorge schaffen.

Die Frage der Erweiterung der Richtlinien für Betriebsräte, sowie Erweiterung des Betriebsrätegesetzes wird demnächst in einer besonderen Sitzung besprochen und mit dem Arbeitgeber erneut verhandelt. Allerdings muß hier betont werden, daß dies nicht allein von der Tarifgemeinschaft abhängt, sondern im wesentlichen von den Betriebsräten selbst, ob sie das Gesetz, wie seine Durchführung genügend zu würdigen wissen.

Auch das Teuerungsproblem wurde am Ende der Sitzung eingehend erörtert. Man wählte eine dreigliedrige Kommission, welche ein diesbezügliches Memorandum, welches der Regierung vorgelegt werden wird, ausarbeiten soll.

Für den Schlichtungsausschuß, der die Lohnstreitigkeiten im Bergbau entscheiden soll, sind als Beisitzer von der Tarifgemeinschaft die Kollegen Chroszcz, Urbainczyk und Jankowski bestimmt worden.

Es wurde auch nochmals nachgeprüft und festgestellt, daß bei den Berichten über den Betriebsrätekongreß die Polizei von keiner Gewerkschaft angerufen worden ist. Es waren dies andere Umstände, die die Tarifgemeinschaft nichts angingen.

Kattowitz und Umgebung

Zum 21. Stiftungsfest des A. T. V. „Freie Turner“ Katowice.

Genannter Verein begeht am 10. und 11. September d. Js. sein 21. Wiegenfest. Es wäre verfehlt, an dieser Stelle die zahlreichen, mannigfaltigen Beschwerden und Widerwärtigkeiten aufzuzählen, mit welchen während der Zeit der Uebernahme der Staatshoheit gekämpft werden mußte. Und nur der Gedanke an die große Idee der Völkerverbrüderung, die der internationale Arbeiterturn- und Sportbund auf sein Banner geschrieben hat, ließ einige überzeugte Genossen nicht irre werden. Diese waren es, die den Verein als solchen nicht aufgaben, wenn auch das Häuflein der Getreuen noch so sehr zusammenschrumpfte. Diese paar Idealisten glaubten an ein Wiederaufblühen und stellten ihre ganze Kraft diesem Glauben zur Seite. Und nun nach Jahren sehen sie die Früchte ihrer Arbeit. Eine stattliche Anzahl Turnerinnen und Turner, versammeln sich an den regelmäßigen Uebungsabenden. Durchweg sehnige gebräunte Gestalten, die alle aus Ueberzeugung zu unserer Fahne stehen. Wenn auch kaum der Durchschnitt der körperlichen Höchstleistung erreicht ist, so kann man andererseits mit den hervorgebrachten Resultaten vollauf zufrieden sein. Obgleich der Arbeitersport ein Gegner des „Sportkanonentumes“ ist, und das Turnen lediglich als Ausgleich für die bei der täglichen Fron nicht so sehr in Anspruch genommenen Körper- und Muskelpartien betrachtet, so darf man doch nicht vergessen, daß auch wir mit unseren Brudervereinen des öfteren in einen Wettstreit treten, bei welchem eben Höchstleistungen entschieden! Jedoch möchte ich an dieser Stelle vor krankhaftem Ehrgeiz warnen. Speziell in den verschiedenen Fächern der Leichtathletik wird dadurch vom Körper mehr verlangt, als wie er zu geben hat, und die Folge davon ist, das solche Sportler, anstatt ihren Körper aufzubauen, denselben ruinieren. Es wird gesagt, daß die Folgen einer fortgesetzten Ueberanstrengung sich nicht so bald einstellen. Jedoch weiß man es aus der Praxis, das bei einem übertrainierten Menschen die Leistungen naturgemäß zurückgehen. Den Verantwortlichen aber sei gesagt: **Achtet auf die euch Anvertrauten,** die noch nicht wissen, wie leicht die „Krone der Schöpfung“ einen Riß bekommt, für den man viel Kitt braucht, um ihn wieder als geheilt betrachten zu können.

Der Verein gedenkt die obengenannte Feier am Sonnabend, den 10. September abends 7 Uhr in der „Reichshalle“ mit einem Festabend einzuleiten, wobei ein gut gewähltes Programm abgewickelt wird. Zur Ausschmückung des Abends haben die Arbeitersänger ihre Mitwirkung versprochen. Anschließend Tanz bis zum Morgengrauen. Am Sonntag steigt das große Rennen in Form eines Arbeiter-Sporttages. Außer den Brudervereinen aus Polnisch-Oberschlesien, worin die „Sila“ mit einbegriffen ist, werden auch aus dem abgetrennten Gebiet Arbeitersportler erwartet, mit denen der veranstaltende Verein seine Kräfte messen muß. Ausgetragen werden Kämpfe, in den verschiedensten Zweigen der Leichtathletik, wie Laufen, Springen, Kugelstoßen, Speer-, Diskuswerfen usw. Diesen Kämpfen folgen Trommel-, Faust- und Handballspiele. Auf die Ergebnisse dürfte man gespannt sein. Das Treffen beginnt schon vormittag auf dem Sportplatz des 1. F. C. im Südpark.

Hoffen wir, das diese beiden Tage ihr Hauptziel, das Werben für unsere Idee nicht verfehlen und das auch nebenbei der veranstaltende Verein mit einem finanziellen Plus abschneidet. **Darum Parteigenossen und Gewerkschaftler, zeigt Euren Kulturvereinen, das Ihr Interesse für sie hegt, und das Ihr Euch über die Fortschritte derselben mitfreut, in dem Ihr die Veranstaltungen besucht. Und stärkt unsere Reihen, indem Ihr Eure Kinder zu uns schickt!**

Denen aber, die auch in schwerster Zeit den Mut nicht sinken ließen, bringen wir als der Nachwuchs ein donnerndes „Frei-Heil!“

Eg.

Vom Magistrat. Die am Dienstag fällig gewesene Sitzung des Magistrats in Kattowitz ist diesmal ausgefallen. Für Dienstag, den 6. September d. Js., ist die nächste Magistratssitzung anberaumt worden.

Stadtverordnetensitzung. Nach einer längeren Ferienpause wird am Donnerstag, den 8. September d. Js., nachmittags um 5 Uhr, wiederum eine Stadtverordnetensitzung in Kattowitz abgehalten. Die Tagesordnung sieht insgesamt 24 Punkte zur Beratung vor. Unter anderem soll beraten werden: Ueber das neue Marktstatut für die Großstadt Kattowitz; Bewilligung der Mittel für den Bau von Unterkunftsbaracken für Wohnungslose; Nachbewilligung von Geldern für die städtische Gartenbau-Verwaltung; ferner für die Unterhaltung von Straßen, Kläranlage und Kanalisationen; Bestätigung der Zeichnungen und Pläne betreffend die Pflasterung der ulica Juljusza Ligonia, wofür ein Betrag von 54 750 Zloty vorgesehen ist; Aufhebung des Statuts betr. die Reinigung der Bürgersteige im Ortsteil Bogutschütz vom 18. Februar 1913 sowie der Polizeiverordnung vom 18. Februar 1913; Aufhebung der ersten Klasse im Mädchen-Lyzeum; Gewährung eines Kredits seitens der Wojewodschaft für die Allgemeine Lebensmittel

Börsenkurse vom 1. 9. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8 95 zł
		frei =	8.96 zł
Berlin	100 zł	=	46.882 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.30 zł
	1 Dollar	=	8.95 zł
	100 zł	=	46.882 Rmk.

Produkten-Ausstellung; Angelegenheit betreffend die Mittelschulen laut Antrag des Deutschen Klubs; Bewilligung von Mitteln im Betrage von 30 000 Zloty für den kostenlosen Versand bedürftiger Stadtkinder nach den Ferienheimen auf Kosten des Magistrats und weiterer Gelder für den Ausbau einer Grabstätte für den polnischen Poeten Jan Kasprowicz. — Die Sitzung des Vorbereitungs-Ausschusses findet bereits am Montag, den 5. September, statt.

Ein jugendlicher Brandstifter. Die Folgen jugendlichen Leichtsinns hat der 19jährige Arbeiter Paul Koszewski aus Gieschewald zu büßen, welcher sich wegen Brandstiftung vor der Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz zu verantworten hatte, für schuldig befunden und verurteilt wurde. Der Genannte stellte sich in stark betrunkenem Zustande am 29. März d. Js. in den Abendstunden in der Wohnung eines Freundes ein, wurde dortselbst aber ob seiner Trunkenheit nicht gelitten. Paul K. entfernte sich daraufhin wieder, äußerte jedoch noch vorher, daß die nahegelegene Jakobgrube in Flammen aufgehen würde. Diese verdächtige Aeußerung befremdete die anwesenden Personen. Als gar Paul K. nach einiger Zeit wiederkehrte und unmittelbar Feuer alarmiert wurde, war man sich allgemein darüber klar, daß K. sein Vorhaben ausgeführt hatte. Tatsächlich brannte die mit Heu gefüllte Scheune des 64jährigen Arbeiters Waldemar Latussek lichterloh. Während nun alle Anwesenden zur Brandstätte eilten, machte sich Paul K. heimlich auf den Heimweg. Man schritt bald darauf zur Verhaftung des jugendlichen Brandstifters, welcher sich heftig zur Gegenwehr setzte. Vor Gericht leugnete der Genannte eine Schuld hartnäckig ab, doch wurde der Beklagte durch die Aussagen der vernommenen Zeugen stark belastet. Eineinhalb Jahr Gefängnis beantragte der Staatsanwalt, während das Gericht den Angeklagten infolge seines jugendlichen Alters, seiner bisherigen Unbescholtenheit sowie bei Berücksichtigung des Umstandes, daß dieser die Tat in trunkenem Zustande ausgeführt hatte, zu nur 6½ Monaten Gefängnis wegen Brandstiftung und weiteren 7 Tagen Gefängnis wegen Widerstand verurteilt.

Königshütte und Umgebung

Gefälschte Versicherungsmarken

Einer großzügig angelegten Gaunerei ist die hiesige Wojewodschaftspolizei in diesen Tagen auf die Spur gekommen und konnte zur Verhaftung zweier an ihr Beteiligten schreiten. Schon seit Wochen bemerkten die Kontrollbeamten der staatlichen Versicherungsanstalt in Königshütte, daß im beträchtlichen Umfange gefälschte Versicherungsmarken, auf 1.50 Zloty bis 25 Zloty lautend, in den Verkehr gebracht wurden. Die Ermittelungen wiesen nach Beuthen hin. Dortige Feststellungen führten auch zur vollständigen Aufdeckung, denn zwei der Hauptbeteiligten, ein gewisser Kania und Barczyk, welche sich mit der Fabrikation der Marken befaßten, konnten verhaftet werden. Der Vertrieb der falschen Marken, die mit einem Rabatt von 30—40 Prozent abgegeben wurden, florierte sehr gut, so daß die Versicherungsanstalt einen bedeutenden Schaden erleidet.

Nicht zurückgekehrt. Der Ehemann Paul Cichon, wohnhaft in Königshütte, ulica Sobieskiego 18, entfernte sich nach den Angaben seiner Ehefrau Helene am 7. August aus seiner Wohnung und wird seit diesem Tage vermißt.

Raubüberfall. Ein gewisser Wladislaus Pruszczynski aus Königshütte wurde vor dem Restaurant Weizer auf der ulica 3-go Maja in den Spät-Abendstunden von unbekannten Personen angefallen, welche ihm die Brieftasche mit verschiedenen Dokumenten und einem Geldbetrag von 35 Zloty entwendeten. Die weiteren Untersuchungen zwecks Ermittelung der frechen Burschen sind im Gange.

Siemianowitz

Festnahme eines Verkehrskartenfälschers

Seit einigen Monaten interessierte sich die hiesige Kriminalpolizei für einen entlassenen Beamten der deutschen Polizei, welcher in Siemianowice ansässig ist, denn der Betreffende trug trotz seiner Stellungslosigkeit elegante Anzüge und führte ein ausschweifendes Leben. Eines Tages begaben sich zwei Kriminalbeamte in dessen Wohnung, wo sie nur einen Juden antrafen. Auf Befragen der Beamten erwiderte der Jude „że przybył do właściciela mieszkania z towarami tekstylnemi". Da der Wohnungsinhaber nicht anwesend war und der Jude keine Ware besaß, mußte er eines Verhörs wegen den Weg aufs Kommissariat antreten. Dort gestand er, daß ihn der ehemalige Schupist nach Deutschland schmuggeln wollte. Der Schmuggler schien aufmerksam gemacht worden zu sein, denn die Polizeibeamten warteten in der Wohnung vergebens auf ihn. Nach längerem Suchen wurde er in Czeladz festgenommen, wo er sich versteckt hatte. Nach einem Verhör auf dem Polizeikommissariat war er geständig, mit Hilfe von gefälschten Verkehrskarten mehrere Personen aus Tarnow, Katowice, Cieszyn und Beuthen über die Grenze geschmuggelt zu haben. Die dazu nötigen Verkehrskarten wurden ihm von der Frau eines entlassenen Schupo-Funktionärs geliefert. Die Verkehrskarten wurden von ihm ausgefüllt, mit angefertigten Stempeln gestempelt und für schweres Geld an verschiedene Personen, prinzipiell an wehrpflichtige Juden verkauft.

Ernennung. Der Lehrer Turzanski von der Schule „Piramowicz" wurde zum Schulleiter dieser Schule ernannt.

Wahlprotest. Der von den nicht zugelassenen Verbänden erhobene Protest wider die Betriebsratswahlen auf der Grube „Richterschächte" wurde als ungenügend abgelehnt.

Grubenunglücksfälle. Der auf der Laurahüttegrube beschäftigte Schlepper Josef Hoinski wurde durch herabstürzende Kohlenstücke getötet. — Der Grubenarbeiter Georg Stempel wurde gleichfalls auf dieser Grube von einer Lokomotive totgequetscht. Die Leichen sind nach der Totenhalle des Knappschaftslazaretts geschafft worden.

Gewitterwolken im Königshütter Stadtparlament

Eine fatale Geschichte. — Drohungen? — Um den Redenberg. — Die Winterversorgung der Arbeitslosen.

Das Königshütter Stadtparlament trat gestern nach zweimonatlicher Ruhepause wieder zusammen. Die vorliegende Tagesordnung wies zwar einige bemerkenswerte Angelegenheiten allgemeinen Interesses auf, aber sie ließ nicht darauf schließen, daß die Herren Stadtväter sich in wenig angenehmer Weise an die Gurgel fahren werden. Aber es kommt gewöhnlich anders als man denkt, und der Verlauf der Sitzung bewies das nur allzudeutlich. Die Ursache dazu gab die Wahl von Mitgliedern für das Kuratorium des Mädchenlyzeums, eine Angelegenheit, die uns weniger berührt, der deutschen Wahlgemeinschaft und den polnischen Parteien aber Gelegenheit gab, mächtig aufeinander loszugehen, obwohl sie für das Gros der Königshütter Bürgerschaft von keiner sonderlichen Bedeutung ist. Für beide Richtungen dürfte sie lediglich nur als eine Prestigefrage zu werten sein. Wir finden es verständlich, wenn die Wahlgemeinschaft Wert darauf legt, dem Verhältnis entsprechend im Kuratorium des Lyzeums vertreten zu sein und ebenso unverständlich bleibt es uns, wenn die polnische Richtung sich dagegen mit Händen und Füßen wehrt, aber da hier das Schwergewicht auf die Personenfrage gelegt wurde, so hätte sich wohl eine friedliche Lösung finden lassen. So aber sind die kaum überbrückten Gegensätze wieder bedenklich zugespitzt worden, die unter Umständen unabsehbare Folgen für das allgemeine Wohl der Stadt geben können. Die Sprache des polnischen Fraktionsführers Pietrzak war mehr als deutlich gewesen, und jedem Einsichtigen dürfte es nicht unbekannt sein, welche Ziele das polnische Lager verfolgt. Es besteht nun einmal ein Ermächtigungsgesetz, nach dem durch den Wojewoden die Stadt- und Gemeindeparlamente aufgelöst werden können. Dieses hier in Anwendung bringen zu lassen, wäre eine Torheit. Doch noch immer ist begründete Hoffnung, daß diese Gewitterwolken, die über dem Königshütter Stadtparlament drohend hängen, vorübergehen werden. Vielleicht haben diejenigen, welche die eigentliche Ursache bilden, mehr Einsicht. — Auch die Arbeitslosenfrage gab Anlaß zu temperamentvollen Rededuellen, aber wie vorauszusehen war, erreicht hatte man dabei nichts Positives und es läßt sich in der Tat hier durch die Kommune wenig erreichen, wenn nicht der Staat großzügig eingreifts Greifbarer dürften sich schon die Wünsche, die durch die D.S.A.P.-Fraktion betreffend der Redenberganlage dem Kollegium und dem Magistrat vorgelegt wurden gestalten, und es ist auch dringend notwendig, wenn diese Anlage endlich mal Allgemeingut wird.

* * *

Gleich nach Eröffnung der Sitzung wird der bisherige Stadtverordnete, Knappschaftsälteste Theimert, als unbesoldeter Stadtrat in der üblichen Weise durch den Stadtpräsidenten eingeführt, dann die Stadtverordneten Karl Schmidt, Paul Winkler, Josef Rogowski, Georg Hoffmann, Peter Pula und Frau Gertrud Franiel. Unter Verschiedenes gibt der Stadtverordnetenvorsteher Strozyk mehrere eingelaufene Dringlichkeitsanträge bekannt, worauf zur Wahl des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers geschritten wurde, da dieser Posten durch den Eintritt des bisherigen Herrn Theimert in das Magistratskollegium, erneut besetzt werden mußte. Die deutsche Wahlgemeinschaft bot diesen Sitz den polnischen Parteien an, welche aber ablehnten mit der Begründung, daß der erste Vorsitzende von ihnen gestellt werden müßte. Also die bekannte Tatsache. Senator Majer wurde dann deutscherseits vorgeschlagen und mit 35 Stimmen gewählt. In den vorbereitenden Ausschuß sowie verschiedene andere Kommissionen wurden jetzt eine Reihe von Ersatzmitgliedern gewählt, so in den ersteren die Stadtverordneten Kulessa, Schindler und Gawlik.

Stadtv. Zawischa referierte dann über die sich als Notwendigkeit ergebende Erhöhung einer Position der allgemeinen Fürsorge im Budget von 13 000 Zloty auf 23 000 Zloty, der auch zugestimmt wurde. — Stadtv. Sliwa referierte über eine erforderliche Aenderung des Budgets für die kaufmännische Fortbildungsschule, die allerdings nicht zum Nachteil der Stadt gereicht, als hier lediglich ein Betrag von 3000 Zloty, den die Wojewodschaft überwies, eingereiht werden muß.

Die jetzt folgende Festsetzung der kommunalen Zuschläge zu den staatlichen Abgaben aus der Patent- und Spirituosensteuer für das Jahr 1928 wird auf der gleichen Basis wie im laufenden Jahr erledigt. — Der nächste Punkt, Ankauf eines Grundstücks von 280 Quadratmetern pro 2.80 Zloty von dem Eigentümer Franz Kiolbassa wird glatt erledigt. Man erklärt sich damit einverstanden, allerdings gab es hier ein fatales Intermezzo für den Magistrat. Dessen juristischer Vertreter, jedenfalls also Herr Syndikus Zajons, verhandelte über den Ankauf bereits seit zwei Jahren, aber merkwürdigerweise nicht mit dem eigentlichen Besitzer, Herrn Kiolbassa, sondern mit einer Frau Görlich, die sich als Eigentümerin bezeichnete. Erst die notarielle Festsetzung des Kaufvertrages deckte diese Geschichte auf. Stadtv. Pietrzak benutzte diese Gelegenheit und versetzte dem Magistrat einige bittere Pillen wegen seiner hervorragenden juristischen Beiräte. — Eine zweite Grundstücksangelegenheit wird gleichfalls ohne irgendwelche Erörterungen erledigt. Hier handelt es sich um den Verkauf eines städtischen Grundstückes von 770 Quadratmetern an den Kaufmann Smuda zum Preise von 8840 Zloty zu Bauzwecken.

Bis dahin verlief die Sitzung sehr friedlich, jedoch der jetzt auf der Tagesordnung stehende Punkt, Neuwahl von Mitgliedern für das Kuratorium des Mädchenlyzeums, ließ die Friedlichkeit in die Brüche gehen. Anläßlich der letzten Sitzung wurden in dieses Kuratorium von der polnischen Seite gewählt der Stadtv. Gonczkowski und Kusch, von der deutschen Lehrer Biallas und Fräulein Ernst. Von der Wojewodschaft ist diese Wahl nicht bestätigt worden. Stadtverordn. Stawski, der diesen Punkt behandelte, gab in kaum verständlichen Ausführungen die Gründe, die zur Ablehnung seitens der Wojewodschaft führten, bekannt. Nach diesen sollen nur 3 Personen gewählt werden, er ließ aber durchblicken, daß Fräulein Ernst infolge ihrer politischen Vergangenheit der polnischen Seite nicht angenehm sei. Damit setzten endlose Debatten ein. Deutscherseits erklärte Senator Mayer, daß seine Fraktion die Begründung nicht als stichhaltig ansehe, auch nicht die Meinung der polnischen Partei teile, deshalb auf eine Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium bestehe und erneut dieselben Kandidaten präsentieren werde. Polnischerseits erklärte man nun unverblümt, daß man sich das auf keinen Fall gefallen lassen werde, Fräulein Ernst sei infolge ihres Spionageprozesses als antistaatlich bekannt und könne daher unmöglich im Interesse einer staatlichen Einrichtung, wie es das Lyzeum sei, arbeiten. Besonders Herr Pietrzak gebärdete sich hier sehr grimmig und gab deutlich zu verstehen, daß wenn die deutsche Seite nicht nachgebe, die Konsequenzen sich bald einstellen würden.

* * *

Mit dem Abschluß dieses Punktes kommen nunmehr die Dringlichkeitsanträge zur Behandlung. Der erste, den die Fraktion der D. S. A. P. stellte, und zwar auf Erweiterung des Kosciuszkiparkes, wurde als zweckmäßig angesehen und nach einer ausführlichen Begründung durch den Stadtverordn. Masurek zur Realisierung dem Magistrat überwiesen. Wir hatten bereits im „Volkswille" wiederholt darauf hingewiesen, daß Königshütte außerordentlich arm an Grünflächen sei und durch die fast gänzliche Absperrung des Kosciuszkiparkes, in dem das Stadion gebaut wird, hat sich diese für die Bevölkerung unerquickliche Kalamität noch gesteigert. Dazu kommt noch, daß die Redenberganlage, die noch auf Jahre hinaus verpachtet ist, für die öffentliche Benutzung sonst gar nicht in Frage kommt. Masurek schlug vor, anliegendes Gelände von der Skarboferme anzukaufen und zu bewalden, so daß innerhalb 5 Jahren die Stadt wiederum über eine beachtenswerte Grünanlage verfügen würde.

Wesentlich lebhafter ging es bei dem zweiten Dringlichkeitsantrag, den Stadtverordn. Malanda betreffend der Winterversorgung der Arbeitslosen stellte. Alles bereits bekannte Forderungen, die in jeder Sitzung zur Sprache kommen, deren Berücksichtigung aber der Stadt in den wenigsten Fällen möglich ist. Hier machten die verschiedenen Fraktionsrichtungen krampfhafte Versuche, möglichst viel in Wohltätigkeit zu machen, aber dafür waren ihre Vorschläge umso kläglicher. Besonders heiß ging es her um eine Forderung, und zwar die Entsendung einer Delegation nach Warschau, die der Regierung die Lage der Arbeitslosen klarlegen soll, und daß im weitgehensten Maßstabe Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosennot getroffen werden. Schließlich wurde der Antrag wie der erste dem Magistrat überwiesen mit dem Zusatz, daß dieser in der nächsten Sitzung ein Programm vorlegt, was er für die Winterversorgung der Arbeitslosen zu tun gedenkt. Damit war die Tagesordnung erschöpft und die öffentliche Sitzung wurde geschlossen.

Volksküche. Wegen vollständiger Renovierung der Volksküche an der ulica Skolnej wird diese von Montag, den 5. September, bis zum Sonnabend, den 10. September, geschlossen bleiben. Während dieser Zeit erfolgt keine Speisung.

Meineid. Ein gewisser Josef P. aus Siemianowitz meineidete im Dezember vorigen Jahres vor dem Kattowitzer Gerichtsforum in einer Angelegenheit, daß seine Wohnungsmiete vor dem Kriege 15 Mark betragen hatte, wo hingegen die Zeugen bekundeten, daß die Friedensmiete 18 Mark betrug. Am 25. August hatte sich der Angeklagte vor dem Kreisgericht wegen Meineid zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Tagen Gefängnis oder 50 Zloty Geldstrafe.

Myslowitz

Die Viehzentrale und die hohen Fleischpreise

Die gewaltige Steigerung der Fleisch- und Fettpreise hatte zur Folge, daß die schlesische Wojewodschaft eine Kommission nach Myslowitz schickte, welche die Preisgestaltung auf der Viehzentrale überprüfen sollte. Nach der Targowicaordnung sollen die Viehpreise durch die Targowicakommission festgesetzt werden. Diese Vorschrift steht auf dem Papier, weil bis jetzt niemandem eingefallen ist, die Preise für Lebendvieh festzusetzen. Die Kommission sollte angeblich festgestellt haben, daß die Viehpreise um 30—40 Prozent höher sind als im Auslande. Die Wojewodschaft hat die sofortige Einsetzung einer Kommission angeordnet, die je aus zwei Vertretern der Landwirtschaft, der Viehgroßhändler, der Fleischhauer und der Konsumenten zusammengesetzt werden soll. Tatsache ist es, daß bis jetzt niemand weder der Myslowitzer Magistrat noch die Wojewodschaft was unternommen haben, um den Wucher auf der Targowica zu dämmen. Die Viehhändler haben gelegentlich der Ernte, während welcher der Bedarf mit Mühe gedeckt werden kann, die Situation gehörig ausgenützt und die Viehpreise um mehr als 20 Prozent erhöht. Während der Ernte verlangt gewöhnlich auch der Produzent mehr als sonst. Auf dem flachen Lande sind auch die Preise bis zu 10 Prozent gestiegen, die bereits nachlassen. Das gab den Viehhändlern den Anlaß, die Viehpreise gleich um mehr als das doppelte zu erhöhen.

Rybnik und Umgebung

Radlin. (Minderheitsschule.) Am 1. September 1927 soll nach Mitteilung der Wojewodschaft für den Schulverband Radlin die Minderheitsschule eröffnet werden. Alle Eltern aus den Orten Radlin, Ober-Radlin, Glazin, Emmagrube und Romanshof haben daher die Möglichkeit, ihre Schulanfänger wie auch die Kinder, die bisher die polnische Schule besuchten, sofort der Minderheitsschule zuzuführen. Zu diesem Zwecke muß der Erziehungsberechtigte persönlich beim zuständigen Schulleiter am 1. September 1927 zur Anmeldung erscheinen. Auch Eltern, die bisher keinen Antrag gestellt haben, können diese Anmeldung vornehmen. Jeder sehe auf den Bekanntmachungstafeln der Gemeinde oder in der Schule nach, ob hierzu besondere Stunden vorgeschrieben sind.

Nieder-Wilcza. (Minderheitsschule.) Die Wojewodschaft hat die sofortige Errichtung der Minderheitsschule für die Gemeinde Wilcza Dolna angeordnet. Jeder Erziehungsberechtigte gehe am 1. September 1927 persönlich zum Schulleiter und verlange dort die Aufnahme seines Kindes in die Minderheitsschule. Auch Eltern, die bisher keine Anträge gestellt haben, können diese Anmeldung vornehmen. Sehet sofort nach, ob nicht auf den Bekanntmachungstafeln der Gemeinde oder in der Schule besondere Vorschriften für die Anmeldung aushängen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Das Eisen in der Weltindustrie

Weltwirtschaftliche Umschau.

Die Eisen- und Stahlproduktion ist ein Konjunkturbarometer, an dem der jeweilige Stand der Konjunktur mit ziemlicher Sicherheit abgelesen werden kann. Handelt es sich doch hier um einen wichtigen Grundstoff, dessen Erzeugung in Zeiten guten Geschäftsganges zum Zwecke der Ausdehnung des Produktionsapparates gesteigert wird. Ebenso automatisch erfolgt die Produktionseinschränkung, wenn die Konjunktur zurückgeht. Deshalb spiegelt sich in der Entwicklung der Eisen- und Stahlerzeugung die Weltkonjunktur wider. Doch bleibt diese Entwicklung nicht mehr wie früher dem freien Spiel der Kräfte überlassen, sondern wird künstlich gelenkt: Trusts, nationale und internationale Kartelle, Schutzzölle, staatliche Subventionen, Valutavorsprung im Außenhandel usw. verdecken in vielen Fällen die wirklichen Entwicklungstendenzen. Nichtsdestoweniger bleibt der jeweilige Stand der Eisen- und Stahlproduktion ein wichtiges Symptom der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit.

Die Lage der Welteisenproduktion.

Unter den großen Eisenländern herrscht augenblicklich allein in Deutschland eine Konjunktur. Im Juli wurden in Deutschland 1 109 000 Tonnen Roheisen gegenüber 767 000 im Juli des vergangenen Jahres erzeugt, eine Steigerung von 44,6 Prozent. Vor dem Kriege, 1913, war der Monatsdurchschnitt 910 000 Tonnen. Die Steigerung des inländischen Eisenkonsums ist aber noch viel größer, als aus diesen Ziffern ersichtlich ist. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, wo ein großer Teil des deutschen Eisens und Stahls ausgeführt wurde, ergab sich in den letzten Monaten ein nur ganz geringer Ausfuhrüberschuß. So hat der Verbrauch an Eisen und Stahl pro Kopf der Bevölkerung, der 1913 261 Kilogramm, 1925 nur 197 Kilogramm betrug, die Vorkriegshöhe bereits überschritten. Wahrscheinlich steht der deutsche Eisenverbrauch damit wieder an erster Stelle in Europa, ist aber von dem amerikanischen Verbrauch, der 1915 468 Kilogramm bebetrug, noch weit entfernt.

In den übrigen Ländern herrscht augenblicklich eine flaue Eisenkonjunktur, wie auch sonst gegenwärtig allein in Deutschland von einer ausgesprochenen Konjunktur die Rede sein kann. Die Leistungsfähigkeit der Eisenwerke wird in den Vereinigten Staaten gegenwärtig nur zu 63 Prozent ausgenutzt. Die amerikanische Roheisenerzeugung sank im Juli zum erstenmal unter 3 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung steht ebenfalls mit ¾ Millionen unter dem Jahresdurchschnitt 1926. Wahrscheinlich hat der Rückgang nur einen saisonmäßigen Charakter und wird im Herbst von der üblichen Produktionsausdehnung abgelöst werden. Die beim Stahltrust eingelaufenen Bestellungen geben nicht mehr ein zuverlässiges Bild über die Konjunkturentwicklung, weil man in Amerika vom System der frühzeitigen Bestellungen für Lagerhaltung abgekommen und zum System des „Von-der-Hand-in-den-Mund-Wirtschaftens" übergegangen ist. Der amerikanische Stahltrust, dessen allmächtiger Präsident Gary kürzlich gestorben ist, vermochte trotz des Konjunkturrückganges die üblichen großen Zwischendividenden zu verteilen; seine jüngst zustande gekommene Verbindung mit dem größten Automobiltrust der Vereinigten Staaten, der General Motors Co., die kürzlich einen großen Posten Stahltrustaktienpakete erwarb, soll ihm die großen Bestellungen für den Automobilbau sichern.

In der englischen Eisen- und Stahlproduktion ist seit einigen Monaten ein Rückschlag eingetreten. Nach der Aufarbeitung der während des Kohlenstreiks zurückgestellten Bestellungen, was bis gegen den Frühsommer dieses Jahres andauerte, nahm der vor dem Streik beobachtete Abstiegsprozeß seinen Fortgang. Die ungünstige Lage der englischen Stahlindustrie rührt von der Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt her, vor allem auf den Märkten, wo die englische Eisenindustrie keine Vorzugsbehandlung genießt. (Von der kürzlich erfolgten Erhöhung der indischen Eisenzölle wurde die englische Industrie nicht betroffen, weil England dabei eine erhebliche Vorzugsbehandlung vor anderen Ländern zuteil wird.) Die Produktionsanlagen der englischen Eisenindustrie sind eingestandenermaßen nicht mehr auf der Höhe. Statt Rationalisierung der Produktion und organisatorischer Zusammenfassung möchte die englische Schwerindustrie ihre Krise durch Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerung lösen und entfaltet für die Einführung von Eisenzöllen eine starke Propaganda. Sie hat angeblich von der Regierung Zusagen für Zölle erhalten, die zunächst als „Dumpingzölle" verkleidet auf dem Plan erscheinen sollen.

Die französische Eisen- und Stahlindustrie war mit Bestellungen auf lange Sicht versorgt, deshalb die Befestigung des französischen Franken der sehr ausgedehnten französischen Ausfuhr keinen Abbruch tat. Die in den meisten anderen Produktionszweigen herrschende Wirtschaftskrise hat auf die Schwerindustrie lange Zeit nicht übergegriffen. Erst im Juni begann der Rückschlag auch der Eisen- und Stahlproduktion. In den letzten Monaten sind die Produktionsziffern auf einen seit Jahren nicht gekannten Tiefstand gesunken. Die französische Einfuhr war im übrigen durch die Zahlungen der deutschen Schwerindustrie in die Ausgleichskasse des internationalen Eisenkartells stark begünstig. Bekanntlich wurden diese infolge der deutschen Inlandskonjunktur angeschwollenen Ausgleichszahlungen im Juni erheblich ermäßigt, was vielleicht mit ein Grund für die verminderte Ausfuhrfähigkeit der französischen Schwerindustrie ist.

Die belgische Schwerindustrie erlitt zwar durch die Stabilisierung der Währung infolge des vorsichtig gewählten Stabilisierungskurses keinen schweren Rückschlag, beharrt jedoch seit dieser Zeit in einem Zustand der Stagnation. Der ziemlich starke Produktionsrückgang vom Juni hat wahrscheinlich saisonmäßigen Charakter.

Polen, Schweden und Kanada vermochten im laufenden Jahre ihre Eisen- und Stahlproduktion sehr erheblich zu steigern; auch die österreichische Produktion zeigt eine wenn auch geringe Zunahme. In Italien kam es trotz der Wirtschaftskrise zu keiner Produktionseinschränkung, ja es erfolgte sogar eine geringe Steigerung der Produktion gegenüber dem Vorjahr, weil die Hütten- und Walzwerke mit staatlichen Bestellungen für Rüstungszwecke und Schiffsbau bei künstlicher Fernhaltung der Einfuhr in großem Umfang beschäftigt werden konnten.

Ausbau des internationalen Eisenkartells.

Im internationalen Eisenkartell sind Verhandlungen über dessen weiteren Ausbau im Gange. Das internationale Eisenkartell verteilt bekanntlich nur die Produktionsquoten auf die beteiligten Länder. Es sollen nun für die einzelnen vom Kartell erfaßten Produkte Syndikate geschaffen werden, die auch die Preise bestimmen und die Absatzgebiete aufteilen sollen. Ein internationales Kartell für Schienen und seit einiger Zeit auch für Drähte besteht auf dieser Grundlage, jetzt sollen für Stabeisen, Halbzeug usw. ähnliche Syndikate geschaffen werden. Die Verhandlungen darüber sind im Gange. Der Anschluß Polens an das internationale Eisenkartell konnte wegen der noch vorhandenen Differenzen immer noch nicht zustande kommen. Der Beitritt der englischen Schwerindustrie bleibt weiter eine offene Frage. Falls es der englischen Schwerindustrie gelingt, Eisenzölle durchzusetzen, hofft sie, bei den Quotenverhandlungen des internationalen Eisenkartells besser abzuschneiden. In England fehlen bekanntlich die nationalen Eisenverbände, was den Anschluß an das internationale Kartell erschwert, jedoch keineswegs ausschließt. Auch in Luxemburg und Belgien gibt es keine festgefügten nationalen Kartelle, dennoch war die Beteiligung der Schwerindustrien dieser Länder am internationalen Kartell möglich.

Der Internationale Metallarbeiterverband — Eiserne Internationale —, die Vertretung der Arbeiterschaft der eisenschaffenden Industrien, hatte auf seinem kürzlich in Paris stattgefundenen Kongreß zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Die internationale Verflechtung der Eisengroßindustrie hat die Kampfmöglichkeiten der Arbeiter stark eingeengt. Auf dem Kongreß wurde betont, daß man der Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes nur dadurch begegnen kann, daß der internationale Gedanke sich im Bewußtsein aller beim Kartell beschäftigten Arbeiter vertieft und festwurzelt. Da im Fall eines Arbeitskampfes die internationalen Kartelle über die größten Mittel verfügen und die Produktionen von einem Land auf das andere umstellen können, muß das internationale Zusammenwirken der Arbeitnehmer viel enger gestaltet werden. Gegenwärtig ist aber auch der Organisationsgrad in der Metallindustrie noch nicht genügend fortgeschritten: Eine jüngst veröffentlichte Erhebung des österreichischen Metallarbeiterverbandes ergab, daß in der stark entwickelten Schwerindustrie der mitteleuropäischen Länder — Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien mit insgesamt 240 Eisen-, Stahl- und Walzwerksbetrieben, die hochgradig vertrustet und dem internationalen Eisenpakt angeschlossen sind — im Durchschnitt nicht mehr als 30 Prozent der Arbeiter organisiert sind!

Staatliche Unterstützung der Schwerindustrie.

Nicht allein die Kartelle, in vielen Ländern auch die staatliche Wirtschaftspolitik beeinflußt die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie. Im Vordergrund stehen freilich die Eisenzölle. Wenn sie beim jüngst abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrag keine besondere Rolle spielten, so nur deshalb, weil bei Schaffung des internationalen Kartells diese Frage bereits vorweggenommen wurde. Von der englischen Zollpropaganda, der indischen Eisenzollerhöhung und den staatlichen Eingriffen in Italien zur Fernhaltung der Eiseneinfuhr und künstlichen Beschäftigungen der Eisenindustrie durch staatliche Aufträge für Rüstungszwecke war oben schon die Rede. Die französische Eisenindustrie hofft sich auf diplomatischem Wege große Rüstungsbestellungen für Polen zu verschaffen. In Spanien und Japan wird die Eisenindustrie mit staatlichen Mitteln begünstigt; in Südafrika und Brasilien soll die Errichtung von Großeisenwerken durch staatliche Hilfe gefördert werden.

Die Zukunftsaussichten der Eisenproduktion.

Häufig begegnet man Behauptungen über den Rückgang der Weltproduktion an Eisen und Stahl und über die ungünstigen Zukunftsaussichten der Eisenproduktion. Was die erstere Behauptung anbelangt, so war die Eisenproduktion des Jahres 1926 mit 79,2 Millionen Tonnen und die Stahlerzeugung mit 93,3 Millionen Tonnen erheblich größer als die Erzeugung des besonders günstigen Jahres 1913 mit 78,8 bezw. 76,6 Millionen Tonnen. Die Stahlproduktion der der Internationalen Rohstahlgemeinschaft angeschlossenen Länder betrug im vergangenen Jahre 28 Millionen Tonnen gegenüber 25 Millionen 1913. Wenn auch die europäische Eisen- und Stahlproduktion 1926 noch niedriger war als vor dem Kriege, so ist dennoch auch hier ein dauernder Anstieg zu verzeichnen.

Die ungünstigen Aussichten der zukünftigen Produktion glaubt man damit begründen zu können, daß der Ausbau der Eisenbahnen, die die stärksten Konsumenten von Eisen sind, in den meisten Ländern bereits erfolgt und auch der Industrieappart in seinen Grundlagen bereits geschaffen sei, weshalb der Spielraum für eine Steigerung des Stahlverbrauchs nicht mehr so groß sei als früher. Diese Behauptung besteht aber nicht zu Recht. Wenn auch das Eisenbahnnetz der modernen Staaten bereits ausgebaut ist, so wird dessen Ausbau in den noch nicht nur wenig erschlossenen Ländern erst jetzt, sobald die internationale Verwendung des Kapitals in größerem Umfang möglich sein wird, seinen Anfang nehmen. Die rapid fortschreitende Maschinisierung der Industrie gibt aber der Maschinenindustrie der Welt und damit der Eisenproduktion neue Aufträge. Die Erzeugung von Eisenröhren wird infolge der Verbreitung von Wasser-, Gas- und Petroleumleitungen in Zukunft ebenfalls steigen. Die Bedeutung des Eisens und Stahls beim Wohnungsbau ist gegenüber Stein und Holz sehr gestiegen. Selbst für den Schiffbau werden große Eisenmengen in Anspruch genommen, weil trotz Ueberangebots an Welttonnage im Weltkampf um die Frachten neue moderne Schiffe in großem Umfang gebaut werden müssen.

Diese Verwendungsmöglichkeiten würden die Steigerung der Stahlproduktion auch dann herbeiführen, wenn der Bedarf für Rüstungszwecke erheblich zurückgehen würde. Indessen werden leider auch für Rüstungszwecke noch ungeheuere Mengen von Eisen und Stahl hergestellt. Der Eisen- und Stahlkonsum pro Kopf der Bevölkerung ist in vielen Ländern noch außerordentlich zurückgeblieben — in Italien beträgt er trotz erheblicher Erhöhung immer noch 61 Kilogramm, in Polen 28 Kilogramm, in Japan 30 Kilogramm. Selbst in den modernen Industrieländern bleibt er hinter den Vereinigten Staaten noch sehr stark zurück. So ergeben sich auch hieraus gute Zukunftsaussichten für die Eisenproduktion. Die Leistungsfähigkeit der Anlagen ist allerdings heute noch viel größer als der Absatz. Ein großer Teil der Produktionsfähigkeit wird nicht ausgenützt. Das Problem ist demnach, wie die Zunahme des Verbrauchs in die während des Krieges und nach dem Krieg außerordentlich vergrößerte Leistungsfähigkeit der Anlagen hineinwachsen kann. Die nationalen und internationalen Kartelle vermögen durch ihre Geschäftspolitik der Produktionseinschränkung und Hochhaltung der Preise diese Entwicklung zum Schaden der Entfaltung der volkswirtschaftlichen Energien auf lange Zeit hinanzuhalten. Wirksame Kontrolle der Eisenpreise ist nicht nur als allgemein konjunkturpolitische Maßnahme, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Befriedigung des überall noch vorhandenen und sich steigernden Eisenbedarfs geboten.

Andreas Scheu gestorben

Zürich. Montag früh starb hier der Nestor der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Andreas Scheu, im Alter von 85 Jahren an den Folgen eines Sturzes von der Treppe nach dreitägiger Bewußtlosigkeit.

*

Andreas Scheu war am 27. Januar 1843 in Oesterreich geboren. Er hat an der Gründung der österreichischen Sozialdemokratie starken Anteil gehabt und in früheren Jahrzehnten auch die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in England und Deutschland mitbeeinflußt. Seit langen Jahren lebte er, von der Politik zurückgezogen, in der Schweiz.

In Oesterreich der sechziger Jahre waren es drei Brüder Scheu, die sich der jungen sozialistischen Arbeiterbewegung zuwandtn. Rudolf Scheu war ein begabter Graphiker, es existieren von ihm ausgezeichnete Bilder von Marx und Engels. Joseph Scheu war Musiker, seinem Wirken verdankt das Arbeitersängerwesen unendlich viel.

Andreas Scheu war von Beruf Modelleur. Durch den Lassalleaner Oberwinder wurde er für den Sozialismus gewonnen. Aber die Lassalleaner unter v. Schweitzers Führung erklärten sich nach 1866 mit der Schaffung des Norddeutschen Bundes zufrieden und nahmen den Ausschluß Oesterreichs aus dem Reich als eine unabänderliche Tatsache hin. Darum wandten sich die Brüder Scheu von den Lassalleanern ab und nahmen mit Liebknecht Fühlung. Dieser kam im Sommer 1869 nach Wien, um in einer Volksversammlung folgendes zu erklären:

Die jetzige Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ist nur eine provisorische. Oesterreich muß wieder zu Deutschland zurückkehren, aber nicht zu dem Deutschland Bismarcks, sondern zu einem freien, auf demokratischer Grundlage geeinigten. Die Einheit kann nur im freien Deutschland erstehen, ein geeignetes freies Deutschland heißt der Sturz Bismarcks und seiner Politik. Mit den österreichischen Arbeitern stehen wir nicht in internationalem, sondern gewissermaßen im nationalen Verhältnis.

So nahmen denn auch an dem Eisenacher Kongreß im August desselben Jahres vier Oesterreicher teil, nicht als ausländische, Gäste, sondern als vollberechtigte Delegierte. Einer von ihnen war Anderas Scheu, der vom Kongreß zu seinem Schriftführer gewählt wurde.

Am 9. Dezember 1869 veranstalteten die Wiener Arbeiter eine 20 000 Mann starke Demonstration für das Koalitionsrecht vor dem österreichischen Parlament. Es wurde eine Deputation zum Ministerpräsidenten gesandt. Alle Mitglieder der Deputation, darunter Andreas Scheu, wurden noch in derselben Nacht verhaftet, des Hochverrats angeklagt und zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Neben Scheu befand sich unter den Verurteilten auch Johann Most. Scheu wurde zu sechs Jahren schweren Kerker verurteilt.

Die andere Folge dieser Demonstration war, daß den österreichischen Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben wurde. Franz Joseph habe große Angst vor der Revolution.

Schon im nächsten Jahre begnadigte das Ministerium Hohenwart, in dem auch Professor Schäffle saß, alle Verurteilten. Es hoffte, die Arbeiterschaft gegen die Liberalen zu gewinnen.

Scheu ging nach der Begnadigung nach England, wo er sich als Kaufmann eine Existenz schuf. Er verkehrte mit den Männern der Internationale, mit Marx und Engels, und wurde 1884 Mitbegründer der Social Democratic Federation. In seinem Lebensabend ließ er sich in der Schweiz nieder. Er blieb Mitarbeiter der „Neuen Zeit", mit deren Herausgeber, Genossen Karl Kautsky, er eng befreundet war.

Er hat Lebenserinnerungen veröffentlicht, die für die Geschichte der Sozialdemokratie von großem Interesse sind. Ein Bändchen Gedichte von ihm ist im Dietz-Verlag erschienen.

Wenn man sich aufs Schwindeln legt —

ist immer noch was zu verdienen. — Der Mann mit dem Silberbarren. — Schwindelerfindungen hören nicht auf.

Man weiß eigentlich nie, soll man über die geradezu geniale Einbildungskraft mancher Gauner oder über die Vertrauensseligkeit der Genasführten staunen! Eine Gerichtsverhandlung in Lille, dem so vielen Deutschen bekannten Kriegsschauplatz, wird demnächst einen neuen Beweis liefern, daß die Naiven nie aussterben! Seit 20 Jahren befaßt sich ein Mann mit allerlei Erfindungen und hat schon die verschiedensten Patente angemeldet, es sogar erreicht, daß eine ganze Schar Industrieller sich für seine eingebildeten Erfindungen interessiert. Und hat — sollte man es für möglich halten — selbst in diesen schweren Zeiten mehr als eine Million von ihnen erhalten.

Es ist freilich menschlich sehr begreiflich, daß in unserer Epoche, in welcher der „Ersatz" eine so bedeutende Rolle spielt, man zu einem Versuche verleitet werden kann. Jeder weiß, daß Marmor teuer ist; weil dies eine unleugbare Tatsache bleibt, ist

Marmor aus Gips dafür umso billiger!

Dies läßt sich nicht bestreiten, und da die Fabrikanten immer der Hoffnung zuneigen, daß die Käufer nur auf den billigen Preis sehen, nichts von den Waren verstehen und die Irreführung nicht so bald merken, lockt freilich die Aussicht auf ein blühendes Geschäft. Wer wollte sich auch die Mühe nehmen, die vielen, vielen Ersatzstoffe aufzuzählen; man macht ja schon längst aus Papier Leder und gibt Margarine für Butter aus! Den wirklichen Gaunern wären diese Materialien freilich zu gering, nicht ergiebig genug! Wenn sie Sand in die Augen ihrer künftigen Opfer streuen wollten, griffen sie zu Gold und Diamanten! Beispiele hierfür fehlen nicht in den Chroniken aller Jahrunderte und Völker; sie sind reich an Geschichten und Anekdoten auf diesem Gebiet. Selbst Voltaire erzählt eingehend von dem irregeführten Herzog von Bouillon, der sich von einem Italiener einreden ließ.

er verstünde sich auf Goldmachen,

und wenn Böttger nicht durch Zufall das Porzellan auf dem Königsstein erfunden hätte, würde August der Starke, der sich Gold erhoffte, auch in den Reihen Genasführter eine Rolle spielen. Ein Fall aus jüngerer Zeit gestaltete sich zu einem ganz besonderen Schwindel.

Um 1860 kam ein Mann regelmäßig auf die verschiedenen Pariser Versatzämter und lieh sich auf Silberbarren Geld. Natürlich prüfte man diese Barren, stellte ihr Gewicht und den Stempel fest, und da der letztere den Wert der Silberbarren verbürgte, wurden sie ohne weiteres als Pfand angenommen. Im Hauptbüro bestätigte man die erste Beurteilung. Da der Mann aber immer wieder mit neuen Barren kam, fiel der Administration die große Anzahl auf. Man sandte sie daher an das Münzamt und entdeckte hier erst die Wahrheit. Sie bestanden nicht aus Silber, sondern aus einer Mischung von Blei, Antimon und Zinn. Aber diese, durch einen erfahrenen Gauner richtig zusammengestellte Mischung, konnte selbst erfahrene Schätzer, wie die eines Versatzamtes täuschen. Man verständigte sofort sämtliche Versatzämter und verhaftete den Mann, als er wieder auf einen

seiner Barren Geld leihen wollte. Der aus guter Familie Stammende gab zur Entlastung seiner Schuld an, daß er sich seit mehr als 15 Jahren mit Versuchen beschäftige,

um neue, bisher unbekannte Metallarten zusammenzustellen.

Er experimentierte in einer ganz bescheidenen Wohnung, aber niemand hatte ihm noch bei seiner Arbeit zugesehen. Er verwahrte sich energisch gegen die Beschuldigung der bewußten Täuschung und behauptete, daß die Metallbarren aus einer Mischung beständen, die wertvoller als Silber sei. Er schlug vor, kostenlos so viel Barren als gefordert würden unter der Bedingung herzustellen, daß das Experiment bei ihm stattfinde, nur in Gegenwart einer einzigen Person, die sich verpflichten müßte, strengstes Geheimnis zu wahren.

Das Gericht überlegte sich die Sache sehr lange, wohl zu lange für den Verhafteten, denn als er sich eines Tages zu seinem Verhör begab, entwischte er den Aufsehern und wurde nie wiedergefunden.

Im Jahre 1919 behauptete ein gewisser Lemoine, daß ihm die Herstellung von Diamanten geglückt wäre. Man war geneigt, ihm zu glauben, weil es um 1890 dem Professor Maisson von der Sorbonne, in einem von ihm selbst erfundenen Ofen, gelungen war, aus Kohlenstoff Kristalle zu lösen, welche die Härte und das Gewicht der Diamanten hatten. Nur waren diese Kristalle winzig klein und ihre Herstellung erwies sich als

kostspieliger wie das Graben auf Diamantenfeldern.

Als Lemoine behauptete Diamanten von der Größe, wie sie die Juwelenhändler benötigen und zu weit geringerem Preis herstellen zu können, erregte diese Nachricht kolossales Aufsehen bei jenen, die mit dieser Entdeckung Geld zu verdienen hofften. Es waren schon von Haus aus reiche Leute, und sie gaben ihm die Summe, die er forderte. Aber es stellte sich gar bald heraus, daß er nicht das geringste erfunden hatte, sondern nur ein ganz großer Schwindler war!

Da es immer Vertrauensselige geben wird, denen man selbst weiß machen kann, der Mond sei auf unsere Erde zu setzen, so müssen sich die Klugen schon damit abfinden, daß die Dummen nie alle werden.

Die Schlange im Pelz

Vor einiger Zeit kaufte eine Dame aus Parley bei London in einem Londoner Geschäft einen Pelz, der allgemein bewundert wurde. Eine jüngere Schwester der Käuferin, die mit ihr zusammenwohnte, lieh sich eines Abens den Pelz und hing denselben bei ihrem Nachhausekommen an die Tür ihres Schlafzimmers. Später fand die Eigentümerin den Pelz auf dem Boden liegen und schalt hierüber mit der Schwester, daß diese achtlos mit dem Pelz umging; darauf legte sie denselben in den Kleiderschrank. Doch am folgenden Morgen lag er schon wieder auf dem Boden.

Die Schwestern fanden dies wohl sehr eigentümlich und hingen den Pelz über drei Haken an die Schlafzimmertür. Zu ihrem Schrecken entdeckten sie am folgenden Morgen den Pelz unter ihren Betten.

Nun brachten sie denselben in das Geschäft zurück, wo sie ihn gekauft hatten.

Ein ungläubiges Lächeln hatte man dort als Antwort auf ihre Erzählung. Trotzdem sandte die Firma den Pelz an den Großhändler zurück. Und kurz darauf erhielt die Firma von demselben die Erklärung des gespensterhaften Pelzes.

Ein Angestellter des Großhändlers hatte beim Auspacken des Pelzes eine eigentümliche, schlangenähnliche Bewegung im Futter desselben bemerkt. Er trennte das Futter auf, und zu seinem Schrecken steckte eine lebende Schlange den Kopf heraus. Die Schlange lag, wahrscheinlich schlafend, zwischen dem Futter und dem Pelz und wurde dann durch die Wärme des Frauenhalses geweckt. Sie versuchte nun, durch Hin- und Herschlingern zu entkommen, wodurch der Pelz auf den Boden und unter das Bett kam.

Da der Pelz eingeführt war, wird angenommen, daß die Schlange während der Reise hineingeraten ist.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 2. September 1927. 12: Uebertragung aus Berlin: Die Eröffnungsfeierlichkeiten der großen deutschen Funkausstellung 1927. — 16,30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18,50—19,20: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde des Oberschlesiers: Referent: Karl Sczodrok. — 19,20—19,35: Reiserundfunk. — 19,35—20,05: Stunde der Deutschen Reichspost. — 20,15: Sigfrid Karg-Elert spielt eigene Kompositionen für Kunstharmonium. — 21,15: Uebertragung aus Gleiwitz: O Täler weit, o Höhen! — 22,15: Zehn Minuten Esperanto.

Versammlungskalender

Sozialistischer Jugendbund in Polen, Bezirk Oberschlesien.

Am Sonntag, den 4. September, veranstaltet der Bezirk eine Bezirkswanderung mit praktischen Anweisungen über unser Wandern. Nachmittags gemeinschaftliche Spiele. Für alle Gruppen gilt als Treffpunkt „Schwertfeger“, um 8½ Uhr von da aus Wanderung durch das Klodnitztal. Schreibzeug mitbringen. Frei Heil!

Kattowitz. („Die Naturfreunde.“) Am Freitag, den 2. September, abends ½8 Uhr, findet im Zentralhotel, Saal, unsere fällige Monatsversammlung statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Kattowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Sonnabend, den 3. September, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 15 des Zentralhotels eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Delegierten zur Bezirks-Generalversammlung.

Laurahütte-Siemianowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Mittwoch, den 7. September, abends 6 Uhr, findet im Generlichschen Lokal eine Mitgliederversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Nickischschacht-Gieschewald. (Bergarbeiterverband.) Am Sonntag, den 4. September, vormittags 9½ Uhr, findet beim Herrn Knosalla, Nickischschacht, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Gew.-Sekr. Peschka vom Afabund spricht über die Aufgaben der Betriebsräte. Nachher Aufstellung der Vorschlagsliste zu den Betriebsratswahlen der Gieschegruben.

Bismarckhütte. (Freidenker!) Sonntag, den 4. September, vormittags um 9½ Uhr, findet die fällige Monatsversammlung des Freidenker-Vereins Bismarckhütte im Lokal des Herrn Gebauer in Königshütte, Tempelstraße 35, statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Es wird ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind herzlich willkommen.

Schwientochlowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Montag, den 5. September, findet im bekannten Lokal auf der Langestraße 17, abends um 7½ Uhr, eine Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Delegierten zur Bezirks-Generalversammlung.

Königshütte. (Metallarbeiter.) Der Bergarbeiterverband begeht sein dreißigjähriges Bestehen am 4. September d. Js. im Volkshaus Königshütte, zu welcher Feier er die Metallarbeiter schriftlich eingeladen hat. Wir empfehlen den Kollegen bei günstigem Wetter die Veranstaltung der Bergarbeiter zu besuchen und die Kollegialität und Kameradschaft zum Ausdruck zu bringen.

Königshütte. (Sozialistische Jugend.) Die Monatsversammlung findet Donnerstag, ½8 Uhr, im Jugendheim statt. Kommt alle!

Friedenshütte. (Maschinisten und Heizer.) Am Sonntag, den 4. September, vormittags 10 Uhr, findet im bekannten Lokal in Friedenshütte eine Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Ruda. (Freidenker.) Sonntag, den 4. September 1927, vormittags 10 Uhr, findet eine Sitzung des Freidenker- und Feuerbestattungs-Vereins, Ortsgruppe Ruda, bei Herrn Wypukol statt. Freunde und Gönner sind eingeladen.

Vermischte Nachrichten

Rote Blätter.

Die Erscheinung, daß sich grüne Blätter rot umfärben, wird im Pflanzenreich oft beobachtet. Um nun die Natur dieser Farbstoffe, durch deren Auftreten diese Umfärbung zustande kommt, zu ergründen, hat neuerdings der Forscher Lippmaa eingehende Untersuchungen vorgenommen. Hierbei hat sich vor allem gezeigt, daß die Rötung durch einen neu auftretenden — also nicht durch Umwandlung entstehenden Farbstoff bedingt wird. Nach dem Bericht in den „Naturwissenschaften“ wurde die Rotfärbung hauptsächlich an der Reseda (Reseda odorata) studiert, in deren Zellen sich, sobald der Pflanze Zuckerlösung zugeführt wurde, stets sehr viel roter Farbstoff bildete, der sich bei entsprechender Behandlung auch isolieren ließ. Der Vorgang der Rötung geht in der Weise vor sich, daß sich das in den betreffenden Pflanzenteilen enthaltene Chlorophyll, d. h. der grüne Blattfarbstoff, vermindert, während gleichzeitig der neue rote Farbstoff, das Rhodoxanthin, auftritt. Die Bildung des Rhodoxanthins erfolgt jedoch keineswegs aus den bereits vorhandenen oder sich verminderten Farbstoffen der Zellen, sondern verläuft vielmehr ganz selbständig, so daß der rote Blattfarbstoff in diesem Falle, wie bereits erwähnt, nicht als Umwandlungsproduckt zu betrachten ist. Es scheint, daß das Rhodoxanthin in zahlreichen Pflanzen gebildet werden kann; nachgewiesen wurde es und zwar schon im Verlauf früherer Untersuchungen z. B. in Eibe, Wacholder, Selaginellen und Schächtelhalmen. Besonders bedeutsam war die Beobachtung, daß die Gewächse, die die Fähigkeit besitzen, Rhodoxanthin zu bilden, kein Anthokyan, d. h. einen ebenfalls in den Zellen enthaltenen flüssigen roten Farbenstoff, aufweisen. In bezug auf die Verteilung der beiden Farbstoffe in den Zellen wie überhaupt auf ihre Bildung bestehen indes große Aehnlichkeiten, indem sie übereinstimmend infolge großer Kälte oder Trockenheit wie auch bei starker Belichtung oder nach Verletzungen in den Pflanzenteilen auftreten. Andererseits wird die Bildung der beiden roten Farbstoffe besonders auch durch Zuckerzufuhr erheblich gesteigert, so daß man tatsächlich für beide Stoffe die gleiche Funktion annehmen könnte. Sichere Angaben lassen sich über diese Funktion allerdings bis jetzt nicht machen, wenn man auch vermutet, daß die Rotfärbung, durch die in der Zelle rates Licht entsteht, ein „optische Schutzwirkung“ darstellt, zumal da unter roter Belichtung die Bildung der grünen Blattfarbstoffe am besten verläuft. Gleichzeitig werden auf diese Weise auch die die Zellen schädigenden zu starken Lichtstrahlen absolviert, weshalb denn die Rötung sehr häufig unter dem Einfluß starker Lichtbestrahlung eintritt. Wenn nun auch die Rotfärbung zum großen Teil in jungen, noch besonders empfindlichen Pflazenteilen auftritt wie auch dann, wenn durch Kälte oder Trockenheit die normale Weiterentwicklung der Pflanze gehemmt ist, so kann man sie gleichwohl nicht nur allein als Schutzvorrichtung ansehen. Denn ebensogut wie die Anthokyane mit der Assimilation der Pflanzen zusammenhängen, so könnte auch das Rhodoxanthin auf die Bildung organischer Substanzen in der Zelle Einfluß besitzen, und die Rotfärbung nur in zweiter Linie als Schutzeinrichtung in Betracht kommen.